

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verantwortlicher und Chefredakteur:**  
**Erich Müllinghaus, Berlin.**  
**Telefon: Amt 2404/4100/4100**



**Redaktion für Druck und Veröffentlichung:**  
**Berlin OS 61, Dönhofsplatz 6**  
**Telefon: Goschke**

**Die Veröffentlichung erfolgt im Selbstverlag.**  
**Der Inhalt ist nur auf Grund eigener Verantwortung zu übernehmen. Verantwortlich ist der Verfasser.**

**Berlin, den 24. Nov. 1932.**

Int. Institut  
Soc. Geschichte  
Amsterdam

Abgeblitzt.

Hitler in der eigenen Schlinge.

SPD. Der Traum Hitlers, der sich schon als deutscher Reichskanzler gesehen hat, ist zu Ende. Der Reichspräsident hat den Vorschlag, Hitler zum Führer eines Präsidialkabinetts zu ernennen, mit einer scharfen Erklärung abgelehnt. Zugleich ist der Briefwechsel, der zwischen dem 19. und 23. November zwischen der Wilhelmstrasse und dem Hotel Kaiserhof geführt worden ist, in vollem Umfang der Öffentlichkeit übergeben worden. Aus dem Briefwechsel ergibt sich die Zwiespältigkeit und Unehrllichkeit der Haltung Hitlers, seines Wollens und der wechselnden Positionen, die er angenommen hat, um sich die Macht zu erschleichen. Es ergibt sich daraus ferner aber, dass auf der Seite des Reichspräsidenten eine authentische Interpretation des Begriffs des Präsidialkabinetts gegeben wird, die lebhaften Widerspruch aller jener hervorrufen muss, die die Verfassung streng im Sinne von Weimar auslegen!

Die Veröffentlichung dieses Briefwechsels schliesst den Versuch Hitlers, diesmal zur Macht zu gelangen, endgültig ab. Der grosse Führer Hitler hat geglaubt, diesmal sich als verfassungstreuer Demokrat maskieren zu müssen, um zur Macht zu gelangen. Er hat nicht gesehen, dass die Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung fest entschlossen waren, eine parlamentarische Mehrheitslösung zu torpedieren. In seiner Machtgier und seiner Verblendung hat er selbst dem Reichspräsidenten vorgetragen, dass eine parlamentarische Mehrheitslösung möglich sei, er selbst ist es gewesen, der den Gedanken der parlamentarischen Mehrheitsregierung beim Reichspräsidenten vertreten hat!

Von diesem Augenblick an war sein Schicksal besiegelt, denn in dieser Schlinge, die er sich selbst gelegt hat, ist er schliesslich gefangen worden! Der Reichspräsident hat ihm den festumrissenen Auftrag gegeben, eine parlamentarische Mehrheit zustande zu bringen. Dieser Auftrag ist versehen worden mit präsidialen Vorbehalten, die einem Manne wie Hitler gegenüber leicht verständlich sind. Der Führer einer wirklichen Verfassungspartei hätte in solchen Vorbehalten keine Schwierigkeit gesehen! Der Führer einer wirklichen Verfassungspartei, der eine Parlamentsmehrheit hinter sich weiss, hat, wenn er fest auf dem Boden der Verfassung steht, eine ausserordentlich starke Stellung auch gegenüber allen präsidialen Vorbehalten und Bedingungen, er kann selbst den Konflikt mit ihnedurchkämpfen. Hitler aber ist nicht der Führer einer wahren Verfassungspartei! Er will nicht zurück zur Verfassung, er will vielmehr eine Diktatur an die Stelle der anderen setzen. Er hat sich als Anhänger des parlamentarischen Mehrheitsprinzips maskiert! Seine Unterführer waren vermutlich klüger als er, sie haben ihm nach seiner Rückkehr aus dem Reichspräsidentenpalais klar gemacht, dass er aufs Glatteis gegangen ist. Und der grosse Führer musste schon wenige Stunden nach seiner Unterredung mit Hindenburg versuchen, von seinem eigenen Angebot wieder herunter zu kommen!

Die Unhaltbarkeit und Schwäche seiner Position hat sich sofort ergeben. Er hat zwar dem Reichspräsidenten versichert, dass eine parlamentarische Mehrheit möglich sei, er hat aber nicht die mindesten Anstalten gemacht, zu verhandeln, um sie festzustellen. Er hat vielmehr behauptet, dass der Auftrag des Präsidenten unlösbar Widersprüche in sich berge, er hat Rückfragen gestellt und mit agitatorischen Finten den Kampf gegen den Auftrag aufgenommen, den er selbst erst provoziert hatte!

Ogleich die Stellung des Reichspräsidenten staatsrechtlich bei diesen Verhandlungen keineswegs besonders stark war, war es leicht, in die agitatorischen Finten der Nationalsozialisten fest hineinzustossen. Schon die erste Antwort Meissners vom 22. November zeigt, wie sehr Hitler nun in der Schlinge sass! Er hatte versucht, auf dem Boden einer parlamentarischen Mehrheit dem Reichspräsidenten die Reichskanzlerschaft abzuwingen - nun hielt ihn der Reichspräsident fest auf der Zusicherung einer parlamentarischen Mehrheit, während Hitler mit Händen und Füßen sich gegen die parlamentarische Mehrheitsbildung sträubte. Die Maskierung als parlamentarischer Demokrat war rasch zu seinen Ungunsten umgeschlagen!

In dieser Zwangslage wurden nach langem Hängen und Würgen der 7½ Seiten lange Brief Hitlers vom 23. November geboren. Dieser Brief ist ein klassisches Dokument zur Bestätigung des Sprichworts "Untreue schlägt ihren eigenen Herrn!" Der Mann, der sich seit Jahren als Diktator Deutschlands träumt, sich aber dann scheinbar auf die demokratisch-parlamentarische Basis stellt, weiss nun nicht mehr ein und aus. Er hält dem Reichspräsidenten Weimarer Argumente entgegen, unzweideutige Verfassungsbestimmungen, die in der Hand eines wirklich verfassungstreuen Mannes eine Waffe sein könnten, die bei ihm aber völlig wirkungslos bleibe, da sie nur als Mittel dienen sollen, um seine eigenen diktatorischen Ansprüche zu verbergen. Im schreienden Gegensatz zu diesen Argumenten steht sein positiver Vorschlag: Hindenburg soll ihn zum Reichskanzler machen, er soll ihm Diktaturvollmachten geben. Aber auch hier zeigt sich wieder die klägliche Halbheit, die Verratswilligkeit der Kaiserhöflinge nach alle Seiten hin. Hitler ist nicht nur bereit, Schleicher und Neurath zu schlucken, er will auch eine Reihe anderer Barone aus dem Kabinett des Herrn von Papen übernehmen. Er will seinen Frieden mit den "feinen Leuten" und ihren Kurs machen, wenn er nur die Reichskanzlerschaft erhält!

Und nun war die Antwort der anderen Seite, die Hitler unerbittlich auf seinem eigenen Versprechen der parlamentarischen Mehrheit festhielt, ausserordentlich einfach. Sie erfolgte als kühle Ablehnung der Hitler'schen Vorschläge mit einer Begründung, die den grossen Führer in den Augen seiner Anhänger ebenso blossstellen muss, wie Ablehnung und Begründung vom 13. August! Der grosse Führer und mit ihm alle seine Unterführer, der gesamte Rat der Kaiserhöflinge, ist in die Falle gegangen. Sie haben sich in der eigenen Schlinge gefangen und Hugenberg ist Triumphator!

Das kommt davon, wenn der Diktaturlüsterne sich als Demokrat maskiert! Das kommt davon, wenn die Untreue zum Prinzip der Politik gemacht wird! Die Diktaturträume Hitlers sind entzwei, aber auch die demokratisch-parlamentarische Maske ist gründlich zerstört. Nun bietet sich der schwindenden Zahl der Anhänger dieses grossen Führers ein jammervolles Bild, nicht nur das Bild einer Niederlage vor besseren Taktikern, sondern auch ein Bild der Unfähigkeit, der Niederlage aus Subalternität!

Praktisch wird nun ein neues Präsidialkabinett in den Vordergrund treten, damit zugleich aber eine Fortsetzung und Verschärfung der Staatskrise! Die Lehre aus diesen Tagen heisst: Zurück zur Verfassung. Das gilt nicht nur für die Parteien, das gilt vor allem auch für die Wilhelmstrasse!

-----

SPD. In Berlin ist vor einigen Wochen die Heimbau, Gemeinnützige Beamten  
siedlungs G.m.b.H. durch schlechte Geschäftsführung zusammengebrochen. Die  
Reichspost, die der Heimbau Darlehen gewährt hat, kann unter Umständen bei  
der Abwicklung dieses Konkurses Verluste erleiden.

Wie es heisst, soll bei der Hergabe der Postgelder an die Heimbau nicht  
alles mit rechten Dingen zugegangen sein. Das Reichspostministerium erklärt  
dazu, dass "die Hergabe von Mitteln und die Uebernahme von Bürgschaften,  
streng nach den vom Reichsarbeitsministerium erlassenen Bestimmungen erfolgt  
seien. Die Postgelder seien dinglich gesichert und nach der Ueberzeugung der  
Reichspost nicht gefährdet." Inzwischen ist der Postinspektor Fromm in Haft  
genommen worden. Er soll Bestechungsgelder angenommen haben. Der Untersu-  
chungsrichter beim Landgericht II-Berlin hat die Voruntersuchung jetzt auch  
auf den früheren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Thabor ausgedehnt.

Die Rechtspresse versucht, den Fall der Heimbau gegen die Sozialdemokra-  
tie auszuschlachten, obwohl die Voruntersuchung gegen Thabor, der dem  
Reichstag nicht mehr angehört, noch garnicht abgeschlossen ist. Demgegenüber  
stellen wir fest, dass die Sozialdemokratie das Ergebnis der Voruntersuchung  
gewissenhaft prüfen und gegebenenfalls Folgerungen daraus ziehen wird. Der  
Bezirksvorstand Niederrhein der Sozialdemokratischen Partei hat sich nach  
dem Bekanntwerden der Vorwürfe gegen Thabor, der in Krefeld beheimatet ist,  
ebenfalls sofort mit der Angelegenheit beschäftigt und die ihm zur Klärung  
des Sachverhalts erforderlich erscheinenden Schritte eingeleitet.

-----

SPD. Braunschweig, 24. Nov. (Eig. Drahtb)

Auf die Verfügung des Nazi-Ministers Klagges an den Rektor der Techni-  
schen Hochschule, gegen Nazi-Studenten nicht disziplinarisch vorzugehen, hat  
der Rektor am Donnerstag eine Antwort erteilt, indem er drei nationalsozia-  
listischen Studenten das Betreten der Hochschule mit folgendem Anschlag ver-  
boten hat:

"Aus Gründen der Hochschuldisziplin ist den Studierenden Lindenberg,  
Gille und Schmidt bis zum Abschluss des eingeleiteten und durch die Verfü-  
gung des Herrn braunschweigischen Minister für Volksbildung zurzeit unter-  
brochenen Disziplinarverfahrens das Betreten der Hochschule einschliesslich  
der zur Hochschule gehörenden sonstigen Institute sowie des Studentenheimes  
verboten. Ich richte erneut an die Studentenschaft die Mahnung zu ruhigem  
und besonnenem Verhalten und lasse keinen Zweifel darüber, dass jeder Ver-  
stoss gegen die Hochschuldisziplin nachdrücklichst geahndet wird."

Klagges hat auf Grund des Anschlages bekanntgeben lassen, dass die  
Massnahmen zwecks Herbeiführung einer Entpolitisierung der Hochschule nicht  
Aufgaben des Rektors der Hochschule, sondern, wenn eine solche Massnahme  
überhaupt erforderlich würde, in erster Linie des zuständigen braunschweigi-  
schen Volksbildungsministers (Klagges) sei. In einem weiteren Anschlag am  
schwarzen Brett gibt der Rektor bekannt, dass eine von den Mitgliedern des  
Asta beschlossene Amtsenthebung des ersten Vorsitzenden rechtsunwirksam sei  
und er den bisherigen Vorsitzenden (der nicht Nazi ist) weiter als Vorsitzen-  
den anerkenne. Eine Neuwahl des ersten Vorsitzenden würde vom Rektor als  
satzungswidrig beanstandet werden. Es heisst dann in der Bekanntmachung weiter  
"In der Tatsache, dass der Asta bei dieser Sachlage den stellvertretenden  
ersten Vorsitzenden sein Amt weiter ausüben lässt, erblicke ich eine Diszi-  
plinwidrigkeit. Ich bin im Hinblick hierauf sowie auf das weiter oben dar-  
gelegte satzungswidrige Vorgehen gegen den ersten Vorsitzenden des Asta nicht  
mehr in der Lage, den gegenwärtigen Asta als ordnungsmässige Vertretung der  
Studentenschaft anzuerkennen und fordere die Studentenschaft auf, Neuwahlen

vorzunehmen."

Der Konflikt zwischen dem Senat der Hochschule und dem Volksbildungsminister Klagges spitzt sich derart zu, dass mit Koalitionsschwierigkeiten zu rechnen ist.

-----

SPD. Der Kuhhandel um die Reichskanzlerschaft des Herrn Hitler hat am Donnerstag endlich das erwartete Ende gefunden. Der Reichspräsident hat es abgelehnt, Hitler zum Reichskanzler eines Präsidialkabinetts zu ernennen. Amtlich wird dazu mitgeteilt: "In seinem Schreiben vom 23.11.32 hat Herr Adolf Hitler es abgelehnt, den ihm erteilten Auftrag der Feststellung einer parlamentarischen Mehrheit für eine von ihm zu bildende Regierung auszuführen und hat seinerseits vorgeschlagen, dass der Reichspräsident ihn ohne Vorbehalte und ohne vorherige Feststellung einer Reichstagsmehrheit mit der Bildung einer Regierung betrauen und dieser die Präsidialvollmachten zur Verfügung stellen solle. Der Reichspräsident hat diesen Vorschlag abgelehnt, da er glaube, es vor dem deutschen Volke nicht vertreten zu können, dem Führer einer Partei, die immer wieder ihre Ausschliesslichkeit betont hat, seine präsidialen Vollmachten zu geben, und da er befürchten müsse, dass ein von Herrn Hitler geführtes Präsidialkabinett sich zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit all ihren Folgen für eine ausserordentliche Verschärfung der Gegensätze im deutschen Volke entwickeln würde, die herbeigeführt zu haben, der Reichspräsident vor seinem Eid und seinem Gewissen nicht verantworten könnte."

In Sinne dieser Verlautbarung ist auch der Absage-Brief des Reichspräsidenten gehalten, der Hitler am Donnerstag-Nachmittag übermittelt wurde.

+ + +

Hitlers Drang nach der Futterkrippe hat mit der Demaskierung seiner Person und seiner Partei geendet. So wollten es die deutschnationalen Partner der Harzburger Front und so ist es geschehen. Das Frage- und Antwortspiel, das in den letzten Tagen zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Hitlers Hauptquartier in dem vornehmen Hotel Kaiserhof vor sich ging, lässt keinen Zweifel darüber.

Am Bonnerstag-Abend ist dieses Frage- und Antwortspiel veröffentlicht worden. Es umfasst nicht weniger als 17 Quartseiten, die zum grössten Teil von dem Führer bemalt wurden. Aus ihnen erfährt man zunächst, dass Hitler von allem Anfang an bereit war eine parlamentarische Mehrheitsregierung zu bilden. Amtlich wird darüber mitgeteilt:

"In der Unterredung, die am Sonnabend, den 19. November zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler stattfand, erklärte Herr Hitler, dass er seine Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen würde, an dessen Spitze er selbst stände. Ferner gab er der Erwartung Ausdruck, dass er in Besprechungen mit den Parteien eine Basis finden werde, auf der er und eine von ihm zu bildende neue Regierung ein Ermächtigungsgesetz vom Reichstag bekommen werde. Daher fühlte sich der Herr Reichspräsident verpflichtet, die Bildung einer Mehrheitsregierung unter Hitlers Führung zu versuchen."

Die Besprechungen mit den Parteien haben zwar niemals stattgefunden, aber dass Hitler sie führen wollte, zeigt von neuem den ganzen Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis der NSDAP. Wahrscheinlich hätte Hitler die Verhandlungen auch geführt, wenn ihn seine "Unterführer" nicht auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht hätten und ihm schliesslich eingeleuchtet ist, dass ein Mann, der niemals mit den Parteien paktieren sondern alle zerschmettern wollte, sich vor aller Welt unsterblich blamieren würde, wenn er heute das Gegenteil tut.

Am Montag den 21. November war Hitler zum zweitenmal während der gegenwärtigen Krise bei Hindenburg. Diesmal drückte ihm der Reichspräsident eine formulierte Erklärung in die Hand, in der es wörtlich heisst:

"Sie haben erklärt, dass Sie Ihre Bewegung nur für ein Kabinett zur Verfügung stellen könnten, an dessen Spitze Sie, der Parteiführer, stehen würden. Wenn ich auf diesen Ihren Gedanken eingehe, so muss ich verlangen, dass ein solches Kabinett eine Mehrheit im Reichstag hat."

Hitler hat auch in der Besprechung vom 21. November keinen Widerspruch gegen die Bildung einer Regierung mit parlamentarischer Mehrheit erhoben, obwohl die Grundsätze seiner Partei und seine grundsätzliche Abneigung gegen den Parlamentarismus einen derartigen Widerspruch hätten herausfordern müssen. Erst am Abend des 21. November, "nach eingehender Aussprache mit führenden Männern seiner Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens" (Schacht, Cuno), haben Hitler und seine Kumpane begriffen was gespielt wird und sich mit einem Brief aus der Affäre zu winden versucht, in dem es u. a. heisst:

"Ein Vergleich der beiden Schriftstücke, des mir gewordenen Auftrags einerseits und der vorausgesetzten Bedingungen andererseits ergibt in einer Reihe von Punkten einen mir unlösbar erscheinenden Widerspruch."

Auf einmal fühlte sich Herr Hitler auch nicht mehr als "Parteiführer" sondern, wie es in dem gleichen Briefe heisst, als Deutscher, der nur "um Deutschland vom Drucke des Marxismus zu erlösen" eine Bewegung gründete und organisierte. Aus der Partei ist plötzlich nach der kalten Dusche durch die Unterführer wieder die "Bewegung" geworden. Aus dem Freund der "parlamentarischen Regierungsmehrheit" ein Mann, der nichts von Parlamentarismus wissen will und deshalb betont, dass er sich "bewusst von jeder parlamentarischen Tätigkeit ferngehalten" habe.

In diesem zwiespältigen Licht zeigt sich der "Retter Deutschlands" auch in seiner Antwort auf die Lektion, die ihm Staatssekretär Meissner über den Unterschied zwischen einer Präsidial-Regierung und einer Regierung, die sich in erster Linie auf das Parlament stützt, erteilt. Hier gibt er zu, dass er bereit war sich auch als Reichskanzler eines Präsidialkabinetts dem Parlament zu stellen, aber nur um eine Mehrheit zu suchen, die ihm ein "Ermächtigungsgesetz" erteilen würde. Es ist nicht soweit gekommen und wird nicht soweit kommen. Daran werden auch die Höflichkeitsfloskeln in dem Absage-Brief des Staatssekretärs Meissner, dass Hindenburgs Tür jederzeit für Hitler offenstehe, nichts ändern.

-----

SPD. Prag, 24. November (Eig. Drahtb.)

Im Prager Rathaus, wo vom Mittwoch-Vormittag bis Donnerstag früh ununterbrochen über das städtische Budget debattiert wurde, kam es in den Morgenstunden des Donnerstag zu überaus wüsten Szenen. Die Rathausparteien beteiligten sich seit Mittwoch-Abend nicht mehr an der Debatte. Sie wurde nur von den Kommunisten und Mitgliedern der faschistischen nationalen Liga bestritten. Bereits in den Nachmittagsstunden kam es wiederholt zu Streitigkeiten zwischen den feindlichen Brüdern. Nach Mitternacht wurde die Obstruktion von den Faschisten in der Weise betrieben, dass sie endlose Reden vorlasen. In den Morgenstunden griffen die Faschisten in angetrunkenem Zustande die Kommunisten an. Sie schlugen wütend auf die kommunistischen Abgeordneten ein und verwundeten mehrere erheblich. Die Bänke wurden zum grossen Teil umgeworfen oder zu Barrikaden im Sitzungssaal benutzt. Erst um fünf Uhr früh trat wieder Ruhe ein.

Das Budget wurde gegen die Stimmender Faschisten, Kommunisten und Deutsch-Bürgerlichen angenommen.

-----

SPD. Paris, 24. November (Eig.Drahtb.)

Die Weigerung Hoovers, Frankreich und England einen Zahlungsaufschub zu gewähren, hat in Paris grosse Enttäuschung hervorgerufen, obgleich sie nicht unerwartet kam.

Der "Temps" erklärt, man verstehe in Frankreich sehr gut die heikle Situation Hoovers und man wisse auch, dass die amerikanische Regierung mit grossen Budgetschwierigkeiten zu kämpfen habe. Aber es sei nicht weniger wahr, dass die Verweigerung des Zahlungsaufschubs und die etwas unbestimmten Bedingungen, unter denen Hoover eine eventuelle Verhandlung über eine Revision der Schuldenabkommen ins Auge fasst, nicht dazu angetan sind, das Vertrauen zu einer günstigen Gesamtregelung zu verstärken, was die erste Vorbedingung für die Beseitigung der Weltwirtschaftskrise sei. Wenn keine für alle interessierten Staaten annehmbare Regelung des Schuldenproblems erfolge, würde die amerikanische Regierung die schwere Verantwortung auf sich laden, alles das zu zerstören, was seit zwei Jahren mit ihrer Zustimmung und oft auf ihre Initiative hin vollbracht worden ist. Das würde das Ende des Lausanner Abkommens bedeuten, mit allen Konsequenzen, die die loyale Auslegung und aufrichtige Durchführung seiner Klauseln mit sich bringen. Das würde ferner das sichere Scheitern der Abrüstungs-Konferenz und der geplanten Weltwirtschafts-Konferenz bedeuten, von denen die Amerikaner beträchtliche Wirkungen für die Lösung der Krise erwarteten.

Das "Journal" will von kompetenter Seite erfahren haben, dass sich die französische Regierung vorerst mit der englischen Erwiderung auf die amerikanische Schulden-Note befassen und deshalb in einen Meinungsaustausch mit London eintreten werde. Dieses Vorgehen entspreche dem in Lausanne abgeschlossenen Gentlemen Agreement, nach dem England und Frankreich sich gegenseitig über Beschlüsse, die in beide Länder betreffenden Fragen gefasst werden, unterrichten müssen.

-----  
SPD. Genf, 24. November (Eig.Drahtb.)

Die Verhandlungen des Reichsaussenministers über die Gleichberechtigungsforderung Deutschlands haben zu einer weitgehenden Entspannung der Differenzen geführt. Der erste Anstoss zu dieser günstigeren Wendung ging von Deutschland aus, das den ersten Teil des englischen Abrüstungsvorschlages als eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigungsforderung bezeichnete. Frankreich, das sich einer Uebereinstimmung von Deutschland, England, Italien und Amerika über diese Grundlage gegenübersah, hat am Donnerstag ebenfalls eine Geste der Annäherung gemacht. Paul Boncour hat sich bereit erklärt, auf der Grundlage des französischen Planes und unter Berücksichtigung des englischen in einer Fünfer-Konferenz über Gleichberechtigung und Sicherheit zu verhandeln. Diese Anregung und der Wunsch zu einer Aussprache sind zwar noch nicht offiziell der deutschen Delegation übermittelt worden. Sie hat jedoch angesichts der neuen Sachlage zu verstehen gegeben, dass sie zu informativ Besprechungen mit allen anderen Mächten bereit sei.

-----  
SPD. Stuttgart, 24. Nov. (Eig.Drahtb.)

Die Wohlfahrtserwerbslosen-Pflichtarbeiter der Stadt Ulm sind in den Streik getreten. Kommunisten und Nationalsozialisten wirken einträchtig zusammen.

-----

SPD. Dresden, 24. November (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde im sächsischen Landtag anstelle des bisherigen sozialdemokratischen Präsidenten Weckel der Deutschnationale Eckardt in der Stichwahl mit 40 gegen 37 Stimmen gewählt. Die Kommunisten gaben bei der Stichwahl ihre Stimmen für ihren eigenen Kandidaten ab und machten sie dadurch ungültig. Für Weckel stimmten ausser den sozialdemokratischen, die demokratischen und volksnationalen Abgeordneten. Für Eckardt die rechtsbürgerlichen Abgeordneten einschliesslich der Nazis.

Im Anschluss an die Wahl gab der sozialdemokratische Fraktionführer Böchel folgende Erklärung ab: Die Wahl des deutschnationalen Abgeordneten, Bergwerksbesitzer Dr. Eckardt, zum ersten Präsidenten hat gezeigt, dass der von uns stets vertretene Grundsatz, das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten zusammenzusetzen, von der Mehrheit dieses Hauses mit Füßen getreten wird. Die Harzburger Front hat sich im sächsischen Landtag wieder zusammengefunden und die Nationalsozialisten, die eben noch den Wahlkampf gegen die deutschnationale Regierung Papen geführt haben, sind bei der Präsidentenwahl wieder zu Trabanten der Partei Hugenberg-Papen geworden. Die Arbeiterschaft Sachsens ist durch die vereinigte Reaktion von dem ihr zustehenden Präsidentensitz im Landtag verdrängt worden. Dieser Sieg der Reaktion wäre nicht möglich gewesen, wenn sich nicht die kommunistische Fraktion zum Steigbügelhalter der Reaktion gemacht hätte. In Konsequenz ihrer Stellungnahme verzichtet die sozialdemokratische Fraktion darauf, sich an den weiteren Vizepräsidentenwahlen zu beteiligen. Sie wird den Kampf um die Volksrechte und gegen den kommunistischen Verrat der Arbeiterinteressen umso schärfer im Lande führen."

Als erster Vizepräsident wurde der nationalsozialistische Abgeordnete Doenicke und als zweiter der Wirtschaftsparteiler Hentschel gewählt.

-----

SPD. Preussen gegen den Papen-Kurs! Preussen gegen die Reichskommissare! - Das ist das Thema der November-Tagung des Preussischen Landtages, die am Donnerstag begann.

Die Reihe der Prot estredner eröffnete der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer, der anstelle des neuerdings wieder bettlägerig erkrankten Otto Braun für die Staatsregierung das Wort nahm. Es war ein denkwürdiger Augenblick, als der Nazipräsident dem Zentrumsmanne Hirtsiefer das Wort wieder als Minister geben musste, nachdem er es ihm monatelang als solchem zu Unrecht verweigert und es nur dem Abgeordneten Hirtsiefer erteilt hatte. Diese politische Niederlage des Nazipräsidenten Kerrl kreuzte sich in der gleichen Sitzung mit einer persönlichen Blamage: der Einspruch des Staatsparteilers Nuschke gegen die Verfügung des Präsidenten Kerrl, die ihn von der Teilnahme an einer Sitzung ausschloss, wurde mit den Stimmen aller Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Nationalsozialisten gutgeheissen. Auch Zentrum und Deutschnationale, die Herrn Kerrl zum Präsidenten mitgewählt, haben am Donnerstag seiner Amtsführung das erste Misstrauensvotum ausgestellt. Kerrl aber liess seine Geschäftsführung vom ganzen Hause tadeln und rührte sich nicht. Er klebt.

Der Protest der preussischen Staatsregierung hat an Entschiedenheit dadurch nichts verloren, dass ihn anstelle Otto Brauns Hirtsiefer vortrug. Der Zentrumsminister stellte fest, dass in der entscheidenden Frage, ob Preussen seine Pflichten gegen das Reich verletzt hätte, der Staatsgerichtshof restlos zu Gunsten der Preussischen Regierung entschieden hat. Keine Massnahme gegen Preussen habe der Staatsgerichtshof für verfassungsrechtlich möglich erklärt; nur Massnahmen in Preussen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung, wobei der Staatsgerichtshof ausdrücklich erklärt habe, nicht untersuchen zu wollen, wieweit die Reichsregierung selbst die Störung der öffentlichen

Ordnung herbeigeführt hätte. Aber auch die Ordnungsmassnahmen habe der Staatsgerichtshof nur in begrenztem Umfange gutgeheissen, und so konnte die Preussische Regierung mit aller Wucht die Anklage ins Land schleudern: "Der Name des Reichspräsidenten steht unter einer verfassungswidrigen Verordnung." Diese Kennzeichnung trifft besonders auch die zweite Notverordnung gegen Preussen nach dem Leipziger Urteil. Noch unmittelbar vor ihrem Erlass hat Herr von Papen mit Otto Braun persönlich verhandelt, ohne ihm ein Wort davon zu sagen, dass die neue Notverordnung bereits fertig war, Echt Papen! - rief das ganze Haus. Dann hat Herr von Papen unter Hinweis auf seine Demission dem preussischen Kabinett erklärt, er halte sich nicht mehr für befugt, mit ihm feste Abreden zu treffen. Aber das hat ihn nicht gehindert, die zweite wiederum verfassungswidrige Notverordnung gegen Preussen verantwortlich gegenzuzeichnen. Im Preussischen Staatsministerium stehen Räume leer; sie zu benutzen, haben die Papen und Bracht dem rechtmässigen Preussischen Ministerpräsidenten verweigert mit der Begründung, es sei zu befürchten, dass er, wenn er in der Wilhelmstrasse erschiene, Gegenstand so stürmischer Ovationen würde, dass dadurch die öffentliche Ordnung gestört würde! Nach dieser Kennzeichnung der Papenmethode zeigte Hirtsiefer den Kern des Problems: die Preussische Regierung, seit dem Mai zurückgetreten und nur noch geschäftsführend, kämpft nicht für sich, sondern für jede Preussische Regierung und für das Recht des Landes Preussen, das man ihm allein von sämtlichen deutschen Ländern genommen hat. Sie kämpft gegen die Gewalt, für das Recht des preussischen Volkes und für eine ehrliche Reichsreform, die nicht mit dem Makel der Exekution gegen Preussen behaftet ist. Stürmischer Beifall und Händeklatschen der Sozialdemokratie und der Mitte lohnte diese mutigen Worte.

Anschliessend begründete Möller-Halle die sozialdemokratischen Anträge zum Kommissarsregiment. Er brandmarkte die Politik der Verfernung aller republikanischen, insbesondere aller sozialdemokratischen Beamten ohne Rücksicht auf Leistungen und Vorbildung. Jeder Republikaner ist heute in Preussen Freiwild! Millionen Kosten scheut man nicht, nur um die republikanischen Beamten loszuwerden. Auf der anderen Seite ernennt Herr Bracht den Regierungsrat von Werder zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Bielefeld, nachdem sowohl der Polizeipräsident Melcher wie Bracht selbst Werders Ueberfall auf den Reichstag als gesetz- und verfassungswidrig, unzulässig und erfolglos getadelt haben. Möller bezeichnete das als Prämie auf reaktionäre Gesetzesverletzungen und als Provokation des ganzen werktätigen Volkes. Wolle über diese Verwaltungspraxis hinaus die Reaktion in ihrer jetzigen Tobsuchtsepoche das Verfassungsrecht antasten, dann werde das Volk die reaktionären Gespenster und ihre braun getarnten Kapitalknechte zu Paaren treiben. Die Sozialdemokratie sei sicher, dass ihre Stunde wieder schlage, und sie werde diese Stunde nutzen.

Die Aussprache wird am Freitag fortgesetzt.

SPD. Auf den Absage-Brief des Reichspräsidenten hat Hitler ebenfalls eine Erwiderung verfasst. Der ewige Schwätzer muss eben immer das letzte Wort haben.

Diese Erwiderung stellt im Vergleich zu den übrigen Briefen das Tollste dar, was sich Hitler in den letzten Tagen an Verdrehungen geleistet hat. In den vorausgegangenen Briefen setzte er ausführlich auseinander, dass er ein Feind des Parlamentarismus sei. In dem letzten versucht er wieder den gegenteiligen Eindruck zu erwecken, indem er betont, dass er zur Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung durchaus bereit gewesen wäre. Wörtlich heisst es in dem Brief:

"Ich habe zum Unterschied anderer unentwegt die Notwendigkeit eines in der Verfassung begründeten Zusammenarbeitens mit der Volksvertretung



Augenblick hoffend die Papen-Barone wieder auf der Bildfläche erscheinen zu können.

Wir protestieren deshalb schon heute entschieden dagegen, dass einer Regierung und einem System, die völlig abgewirtschaftet haben, neues Lebenslicht eingeblasen werden soll. Vor allem ~~aber~~ darf ein Mann wie Herr von Papen, der wegen seiner Reden und Handlungen mit 90 % des deutschen Volkes in Fehde lebt, nicht wiederkehren. Zur Abwehr gegen diesen Mann, der es verstanden hat, sich den Hass von Millionen und Abermillionen zuzuziehen, muss uns jedes Mittel recht sein.

-----  
SPD. Hitler hatte am Freitag-Nachmittag nach der Absage Hindenburg u.a. Besprechungen mit Hugenberg und dem Führer der Bayerischen Volkspartei Schäffer.

In allen Besprechungen kam es Hitler vor allem darauf an, zu beweisen, dass er keine Schuld an dem Scheitern einer parlamentarischen Mehrheitsbildung trage. Er habe dem Reichspräsidenten keineswegs die Bildung eines Präsidialkabinetts als Minderheitsregierung auf der Harzburger Front vorgeschlagen.

-----  
Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

# Stoffen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Auf den Schacht gekommen.

SPD. Herr von Papen liebt es, die Vorsehung zu zitieren, wenn er seinen Beruf zum Staatsmann nachweisen will. Das ist vorsichtig genug. Die Vorsehung ist ein unbestimmter Begriff, der es unmöglich macht, dass man den Mann nach der Qualität der Referenzen beurteilt, auf die er sich beruft.

Herr Hitler hat nicht so hoch hinaufgegriffen. Er hat sich zunächst auf 18 Millionen Deutsche berufen, die angeblich hinter ihm stehen. Nachdem es bei der Wahl nur 11 Millionen waren, ist er bescheidener geworden. Mit ihm seine Presse. Sie verkündet nicht mehr, das Volk will Hitler. Dafür liest man im fettesten Druck quer über die ganze erste Seite des "Völkischen Beobachters" hinweg:

"Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu den Berliner Verhandlungen: Es gibt nur einen, der Kanzler werden kann: Adolf Hitler!"

Wer ist schliesslich Herr Schacht, die grosse Referenz, die für Hitler das bedeutet, was für Papen die Vorsehung ist? Herr Schacht ist ein Finanzmann, der als Politiker bankerott gemacht hat, der die eigentliche Vaterschaft am Youngplan nicht abschwören kann, der eine politische Intrige nach der anderen zu schanden versucht, um irgend etwas zu werden. Wenn der Name Schacht in ernsthaften politischen Kreisen fällt, zuckt man mit den Achseln. Im Kreise der Kaiserhöflinge aber ist Herr Schacht ein grosser Mann, obgleich es notorisch ist, dass er durch Adolf Hitler etwas werden will. Er ist gewissermassen der alleroberste der P.J.s

Ein Mann, der Hitler als Reichskanzler sehen will, damit der Reichskanzler Hitler ihn selbst in eine repräsentative Stellung berufe, ist der Schwurzeuge Hitlers für seine Qualifikation zur Reichskanzlerschaft. Eine feine Kameraderie; in der jeder dem anderen zu dem verhelfen will, was er möchte. Hitler und Schacht wollen gewissermassen Vorsehung auf Gegenseitigkeit spielen!

Herr von Papen hat seine Vorsehung. Hitler hat seinen Schacht. Ob einen Reichskanzler von Gnaden der Vorsehung oder einen Reichskanzler von Gnaden Schachts - es bleibt sich schliesslich gleich!

Hermine im Gardekavallerieklub.

Dies ist eine Geschichte für die Arbeitslosen, die schon jahrelang aus ihrem Beruf herausgerissen sind ohne Erwerb und ohne Beschäftigung. Sie sollen daraus sehen, wie mitfühlend man in den Kreisen der feinen Leute ihrem Schicksal gegenübersteht. Diese Geschichte geben wir wortwörtlich wieder, so wie sie in der feudalen "Kreuz-Zeitung" erzählt wird:

"Am gestrigen Tage wurde im Gardekavallerieklub Berlin der grosse Bazar des von der Kaiserin Hermine begründeten Herminenhilfswerks eröffnet, das nunmehr auf eine anderthalbjährige segensreiche Tätigkeit zurückblickt. Das Herminenhilfswerk steht unter der künstlerischen Leitung der Frau von Stephani-Hahn. Man weiss nicht, was mehr zu bewundern ist: ob die vollendet schönen Handstickereien in Wolle, Seide und Leinen für Kissen, Möbel (petit points), Taschen, Gedecke, Wäsche, die köstlichen Porzellanmalereien, die reizenden bemalten Lampenschirme, die Schachteln für Hüte, Handschuhe usw., die bezaubernden Telephon- und Adressbücher, Kalender und Bridgekästen, die herrlichen Arbeiten in Silber und Messing oder die besonders auf Handwebstühlen angefertigten geschmackvollen Stoffe für Vorhänge, Kleider, Westen und Kissen. Das alles ergibt in seiner einheitlichen Zusammenstellung ein Bild von hohem Reiz

und zugleich die beste Gelegenheit, praktische und dabei künstlerisch wertvolle Geschenke für das nahende Weihnachtsfest und den eigenen Gebrauch zu tätigen. Kaiserin Hermine geht ganz in dem von ihr geschaffenen Liebeswerk auf. Nicht nur, dass sie es von Holland aus bis in die kleinsten Einzelheiten leitet, man wird sie auch nie ohne eine Arbeit in der Hand sehen."

Bei diesem Hofbericht bleibt einem die Spucke weg! So weit sind wir, also wieder! Reizend bemalte Lampenschirme, Bridgekästen, herrliche Silberarbeiten für die Luxusfrauen der feinen Leute, die nicht wissen, wo sie ihr Geld lassen sollen, Wohltätigkeitsrummel mit monarchistischer Propaganda - ja, nun muss die Wirtschaftskrise bald ein Ende finden!

Nazibarone.  
-----

Die Nazibarone sind vom selben Schlage wie die deutschnationalen Barone, um kein Haar besser oder schlechter. Sie sind und bleiben Feudalreaktionäre, gleichgültig, ob sie auf das Hakenkreuz oder auf Schwarzweissrot schwören. In der Bedrückung der Arbeiter und ihrer völligen Entrechtung, in der Ausübung des Terrors nehmen sie es mit jedem Feudalbaron schwarzweissroter Couleur auf. Hier sind zwei Beispiele aus Ostpreussen:

Ein Kutscher in Daubarren musste den folgenden Arbeitsvertrag abschliessen: "Der Kutscher... vermietet sich bei dem Besitzer Lissinna für die Zeit vom 1. August bis 1. Oktober 32. Er übernimmt das zweite Gespann und die beiden Stuten mit Fohlen in Pflege. Lohn für August 30 Mark, für September 25 Mark, Er nimmt davon Kenntnis, dass des öfteren länger als wie übliche Arbeitszeit gearbeitet wird. Er erklärt an Eidesstatt, dass er, solange er im Dienst bei L. ist, sich politisch nur im Sinne der NSDAP betätigen wird."

Der Burggraf zu Dohna-Lauck im Kreise Mohrungen ist strammer Nationalsozialist. Vor den Wahlen liess er seine Leute zur Hitlerversammlung nach Elbin fahren. Die Bezahlung für die Fahrt legte er seinen Leuten auf echt feudale Weise auf: Sein Kämmerer erhielt den Auftrag, von jedem Deputanten die fünfte Gans abzuholen, weil sie auf dem Gutslande gefressen habe. Jedem, der die Gans nicht ablieferte, wurde gedroht, sie am nächsten Zahltag zum Marktpreis in Abzug zu bringen. Der Herr Burggraf liess auf diese Weise 35 Gänse eintreiben. Das ist der Hitlersozialismus, ausgeführt von dem Naziburggrafen zu Dohna-Lauck.

Das ist der echte Feudalgraf, der an reaktionärer Gesinnung nicht zu über treffen ist! Der hält die Konkurrenz mit jedem Papenbaron aus!

Was ist ein Ehrenwort?  
-----

Ehrenworte in der Politik sind in den letzten Jahren billig im Kurs. Mit Ehrenworten wird Politik in den Rechtsparteien getrieben, wo man sich einbildet, im Besitze einer ganz besonderen Ehre zu sein. Die Ehrenworte Goerings und Strassers sind bekannt, ebenso welchen negativen Wert sie hatten. Seitdem ist das Ehrenwort sozusagen politische Mode geworden. Als in der sächsischen Landwirtschaftskammer das Präsidium neu gewählt wurde, verpflichtete sich die bürgerliche Fraktion unter Ehrenwort, eine Antinazimehrheit ins Präsidium zu wählen. Bei der entscheidenden Wahl aber versagte das Ehrenwort. Es wurde von fünf Mitgliedern gebrochen. Darob grosse Entrüstung bei den Hereingelegten. Die nationalsozialistischen Spezialisten in gebrochenen Ehrenworten aber wurden von diebischer Freude ergriffen, als sie sahen, wie sehr sie Schule gemacht haben. Im Lexikon der politischen Begriffe des Bürgertums wird man künftig verzeichnen müssen: Ehrenwort = politische Zusicherung mit der Absicht, sie nicht zu halten!  
-----

# Aus aller Welt

## Abschied von Einstein.

Der grosse Gelehrte hat sich revidiert - Porträt eines Genies.

SPD. Professor Albert Einstein fährt in den nächsten Tagen auf einige Zeit nach Amerika. Eine Stiftung ermöglicht es ihm, an einem dortigen Observatorium zu arbeiten und zu lehren. Die Art wie er sich von uns verabschiedet, ist für ihn in zwiefacher Hinsicht charakteristisch. Er tut es in einem Vortrag über Teilprobleme seiner Lehre - zugunsten notleidender Studenten. So zeigt sich uns die Forschergestalt, der unauslöschlich die eigene Schöpfung aufgeprägt, und das menschliche Bild, das durch tätige Mithilfe an jedem Hilfswerk ausgezeichnet ist.

Der Vortrag behandelte "Das Raumproblem in der modernen Astronomie". Es geht Einstein seit Jahren um die Frage: wie ist die Gesamtgestalt unseres Weltraumes? Der "gesunde Menschenverstand" hält das Universum für unbegrenzt und unendlich. Da die Annahme, dass der Weltraum irgendwo Wände habe, unwahrscheinlich erschien, glaubte man, der Kosmos sei ohne Ende. Einstein aber war auf Grund seiner Relativitätstheorie zu einer anderen Hypothese gedrängt worden. Er stellte, mit aller einschränkenden Vorsicht, ein Weltbild auf, das den Weltraum, den Kosmos als ein endliches Gebilde zeige, das sphärisch gekrümmt ist. Ganz grob und wissenschaftlich durchaus nicht richtig könnte man dieses Vorstellungs-Bild als eine Weltkugel bezeichnen. Sie hat eine ganz bestimmte und bestimmbar Grösse und ist nicht unendlich. Sicher eine gewaltige Gedankenleistung. Und es gehörte ungeheurer Mut dazu, die Annahme aufzustellen, ja sie überhaupt zu denken. Noch grösser aber ist der moralische Mut, diese einmal aufgestellte Behauptung zu revidieren. Einstein hat beides getan.

Die neueren Forschungen der Astronomie haben seltsame Aufschlüsse über die Weltkörper gebracht. Genaue Beobachtungen zeigten, dass die verschiedenen Sternensysteme an unserem Firmament keineswegs so ruhig in unwandelbarer Ewigkeit dastehen, wie es zunächst scheinen mag. Sie sind alle in ständiger Bewegung begriffen. Sie befinden sich auf einer dauernden Flucht vor einander. Sie jagen in den Kosmos hinaus und stieben dabei auseinander. Die Bewegungsrichtung dieser himmlischen Flucht aller deutet darauf hin, dass sie in einem gemeinsamen Punkt begonnen hat, der in unserem Sonnensystem liegen dürfte. Es ist als sei hier vor gewaltig langer Zeit eine Bombe geplatzt. Der Zeitpunkt, der für dieses kosmische Explosion berechnet wurde, stimmt ungefähr mit dem Alter unserer Erde überein. Diese Berechnung verträgt sich aber mit der Einsteinschen Annahme eines endlich gekrümmten Raumes nicht mehr. Der an die Materie gebundene gekrümmte Raum, richtet sich im Ganzen gesehen, durch die ständige Bewegung der Weltkörper wieder aus zu einem geradlinigen Gebilde. Die Vorstellung eines gekrümmten Weltraumes, die wir mit Weltkugel bezeichneten, ist nicht zutreffend. Der Weltraum in seiner Gesamtarchitektur ist als geradlinig anzusehen. Ob er aber endlich oder unendlich ist, darüber kann man jetzt nichts aussagen. Und Einstein steht nicht an, dieses Ergebnis selbst bekannt zu geben. Als besitze er keine Eitelkeit, gesteht er ruhig und gelassen, dass seine Rechnungen nicht richtig waren.

Zu dem Bild, das wir durch solches Verhalten von Einstein gewinnen, passt durchaus die Bescheidenheit, mit der er auftritt. Er weiss, wie schwer es ist,

seinen Gedankengängen zu folgen, auch wenn er versucht populär zu sein. Der berühmte Mann, dessen Jugendwunsch einst war, Lehrer zu werden, steht auf dem Podium einer öffentlichen Veranstaltung und spannt sichtlich alle Kräfte an, um dem Verständnis seiner Hörer möglichst nahe zu kommen. Er zwingt sich zu seinen Hörern hin und stellt sich nicht erhaben über sie. Wenn dann die Lichter der Kameramänner aufblitzen, um dieses Bild festzuhalten, winkt er ab: Er möchte nicht fotografiert werden. Er wird von der Neugier der öffentlichen Meinung zu sehr geplagt. Einem Reporter, der ihn um ein Bild bat, sagte er einmal seufzend: "Im Hauptberuf bin ich Modell für Maler und Fotografen. Im Nebenberuf, soweit ich Zeit dazu habe, beschäftigte ich mich mit Fragen der Mechanik, der Physik und der Optik". Bleibt noch hinzuzufügen, dass er auch mit künstlerischer Vollendung Geige spielt.

An Anfeindungen fehlt es ihm nicht. Man versucht ihn auf wissenschaftlichem Gebiet mit Philosophemen zu widerlegen und konfessionelle Hasser versuchen ihm mit "rassistischen" Vorurteilen beizukommen. Einstein sagte einmal: "Wenn meine Theorie anerkannt sein wird, werden die Deutschen mich als einen Deutschen feiern und die Franzosen für einen Weltbürger erklären. Wird sie aber abgelehnt, dann werden mich die Deutschen einen Juden nennen und die Franzosen einen Deutschen."

Einstein wird heute in der ganzen Welt verehrt. Er ist fast in allen wissenschaftlichen Akademien Mitglied, alle Mächtigen der Erde haben ihn ausgezeichnet. Aber als ihm die Stadt Berlin zu seinem 50. Geburtstag vor zwei Jahren ein Landgut schenken wollte, stellte es sich heraus, dass die Stadt das Gut, das verschenkt werden sollte, garnicht besass. Einstein hat lächelnd auf die Schenkung verzichtet.

Jetzt steht ihm, aufs neue, Amerika bevor. Aber die Liebe der Amerikaner ist gewalttätig. Wenn er hinüberkommt, dann überschütten sie ihn mit ausfragenden Reportern. Welches Haarwasser er benutze, wo er seine Relativitäten aufbewahre, ob er glaube, dass die Religion dem Weltfrieden diene, was er von der wirtschaftlichen Zukunft denke? Wenn er dann antwortet, dass er kein Haarwasser benutze, dass er kein Prophet sei, dass die Religionen bisher nichts für den Weltfrieden geleistet hätten, dass er hoffe, die irdischen Güter würden einmal gerechter verteilt werden als heute, dann sind manche amerikanischen Hüter der öffentlichen Moral schockiert. Der Durchschnittsamerikaner macht sich aber daraus nichts. Er liebt Einstein, weil er "ein feiner Kerl" ist.

J. Bl.

+ + +

148 Angeklagte! Von 148 Angeklagten, die sich vor dem Erweiterten Schöffengericht zu Oppeln wegen Versicherungsbetruges zu verantworten hatten, wurden 54 mit Geldstrafen bis zu 50 Mark, 6 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Verurteilten, durchweg kleine Leute aus Popelau und Chroszczütz (im nordwestlichen Teil des Oppelner Landkreises) haben sich künstlich Krankheiten beigebracht, um von Versicherungsgesellschaften Krankengelder beziehen zu können. Die Betrügereien liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die Summen, um die die Gesellschaften, zumeist Zeitschriftenversicherungen, geschädigt wurden, schwanken bei den einzelnen Angeklagten jeweils zwischen 40 und 350 Mark. 150 Personen hatten sich bereits in Einzelverfahren zu verantworten.

Die Methode des Betruges: Einige der Angeklagten schmierten auf künstlich wund geriebene Körperstellen eine für Pferde bestimmte Hautsalbe, die auf dem menschlichen Körper gefährlich aussehende Ausschläge hervorruft. Auf Grund dieser "Erkrankungen" liessen sich die Versicherten Unfallrenten

und Krankengelder auszahlen; andere Angeklagte erfanden Stürze vom Fahrrad oder von der Treppe. Die Väter des Betrugsgedankens waren die Versicherungs- werber. Sie verdienten reichlich an den sich häufenden Versicherungsabschlüs- sen, ausserdem durch den Verkauf der Pferdesalbe, die begreiflicherweise reis- senden Absatz fand. Einem mitangeklagten Arzt und einem Heilkundigen wurde zur Last gelegt, dass sie massenhaft Krankheitsbescheinigungen ausstellten, ohne jemals die "Erkrankten" und "Verunglückten" gesehen zu haben. Die Milde des Gerichts erklärt sich wohl damit, dass das Moment der Verführung bei den meisten der Angeklagten sehr gross gewesen ist.

+ + +  
Richter gegen Nazis. Der Preussische Richterverein, die grösste rich- terliche Standesorganisation, wendet sich in einer Entschliessung gegen die schwerwiegenden Angriffe, die in letzter Zeit in der nationalsozialistischen Presse gegen das preussische Richtertum erhoben worden sind. Die Richter er- klären, dass sie sich "durch Drohungen nicht beeinflussen" lassen.

+ + +  
Die Wohlfahrtsschieber. Das Schnellgericht beim Amtsgericht Berlin- Mitte hat den Effektschieberprozess "Tillich, Borchardt und Genossen" an die Strafkammer zur Aburteilung weitergegeben.

+ + +  
Zugunfall. Am Donnerstag nachmittag kurz vor 5 Uhr fuhr der D=Zug 30 Berlin-Leipzig in der Einfahrt des Leipziger Hauptbahnhofs auf eine dort hal- tende elektrische Maschine. Die D=Zugmaschine stürzte um. Der Lokomotivfüh- rer, der Heizer und mehrere Insassen des ersten Wagens wurden verletzt.

+ + +  
"Der Mann lügt". Im Leipziger Landesverratsprozess Bullerjahn wurde am Donnerstag der Zeuge Hanke vernommen, der im Werk Oberspree der Berlin-Karls- ruher Industriewerke die gleiche Stelle innehatte wie der Angeklagte Buller- jahn in Wittenau. Hanke bekam einmal von Gontard einen Auftrag, verschiedene Läger der dem Unternehmen angeschlossenen Werke zu kontrollieren und darü- ber unmittelbar an ihm als Generaldirektor Bericht zu erstatten. Es wurden dem Zeugen zum Ausgleich hierfür grosse Versprechungen für die Zukunft ge- macht. Der Direktor des Werkes Oberspree, dem der Zeuge davon erzählt, warnte, Herrn v. Gontard zu glauben, und sagte: "Der Mann lügt, wenn er den Mund auf- tut". Der Direktor des Werkes Oberspree behielt recht. Hanke wurde kurze Zeit später entlassen.

+ + +  
Tips für Hehler. Die Polizeipräsidien Berlin und Stettin beschäftigen sich mit einem Autohehler-Skandal. Mehrere Personen wurden bereits verhaftet. Der Hauptschuldige, Caféhausbesitzer Erban-Berlin ist flüchtig. Der Berliner Gerichtsassessor Kiwitt hat sich dem Polizeipräsidium Stettin gestellt. Ki- witt wird beschuldigt, den Hehlern juristische Tips gegeben zu haben. Er soll sie aufgrund einer Lücke im Strafgesetzbuch darauf hingewiesen haben, dass man gestohlene Autos bei einer öffentlichen Versteigerung gutgläubig als Eigentum erwerben kann. Die Autohehler haben daraufhin mit Hilfe fingierter Schuld- titel öffentliche Versteigerungen künstlich veranlasst.

+ + +  
Seiffert-Anklage. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen den früheren Direktor der zusammengebrochenen Berlin "Bank für Handel und Grundbesitz", Willi Seiffert, Anklage wegen Bilanzverschleierung und handelsrechtlicher Untreue erhoben; Seiffert ist vor einiger Zeit in Prag verhaftet und ausge- liefert worden. Vor dem Berliner Prozess dürfte er sich in einer anderen Af- färe vor dem Gericht in Dessau zu verantworten haben. Das Verfahren gegen die Aufsichtsratsmitglieder der Seiffert-Bank (Ladendorff, Le Viseur und Knaake) ist eingestellt worden.



## Konsumentenrat

### Konsumentenrat

---

### Konsumentenrat

Senkung der Ernährungskosten bleibt um die Hälfte hinter der Kaufkraftsenkung zurück.

SPD. Die von der Baronsregierung geradezu zum Staatsprinzip erhobene Vernichtung der Massenkaufkraft musste sich gerade im Jahre 1932 auf die Konsumvereine auswirken. Die Käufer wanderten erst, um der Kaufkraftdrosselung auszuweichen, zu schlechteren Qualitäten ab. Als hier die Grenze erreicht war, blieb nichts anderes übrig, als ein beispielloses Festschnallen des Hungerriemens, als eine Unterschreitung des Lebensstandards in einem Ausmass, den man früher für unmöglich gehalten hätte. Das spiegelt sich in der Entwicklung der Konsumvereine wohl am deutlichsten wieder; denn ihre Mitglieder sind ja in erster Linie von den Lohn- und Kaufkraftexperimenten der "grundsätzlich neuen Staatsführung" betroffen worden. Für das dritte Vierteljahr 1932 ergibt sich für den Mitgliedsbestand und für den Umsatz, verglichen mit dem zweiten Vierteljahr 1932 und dem dritten Vierteljahr 1931 und 1928 folgende Entwicklung:

	3. Quartal 1932	2. Quart. 1932	3. Quart. 1931	3. Quartal 1928
Mitgliedsbestand	2 780 910	2 783 763	2 924 043	2 766 099
Umsatz in Mill. Mark	186	195	252	269
Vierteljahrsumsatz pro Mitglied in Mark	66,93	69,97	86,05	97,30.

Die Verringerung des Mitgliedsbestandes erklärt sich aus der einfachen Pflicht der Konsumvereine, sogenannte Nullen und Papiersoldaten auszuschneiden. Mitglieder, die in ihrem Konsum nicht kaufen, sind nur eine Belastung und haben im Konsum nichts zu suchen. Entsetzenerregend ist der Rückgang der Umsatzzahlen. Man spricht seit Jahren soviel vom Schwinden und von der Drosselung der Kaufkraft. Hier sehen wir in der Praxis, was die Lohnpolitik des deutschen Unternehmertums und der autoritären Regierung, gestützt durch die Hitlerbewegung, angerichtet hat. Ihren besten Stand erreichten die Konsumentenrat, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossen sind, in der zweiten Hälfte des Jahres 1929. Vergleicht man den Umsatz im letzten Vierteljahr mit dem Umsatz im dritten Vierteljahr 1929, dann verlieren die Konsumentenrat des Zentralverbandes in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 37,8 % ihres Umsatzes. Nach dem konsumentenratlichen Index gingen die Ernährungskosten nun in der gleichen Zeit nur um 25 % zurück. Somit bleibt der Rückgang der Ernährungskosten in den letzten drei Jahren um etwa 50 % hinter der Kaufkraftsenkung zurück. Der Rückgang der Ernährungskosten hat die erzwungene Kaufkraftsenkung nur zur Hälfte wettgemacht. Die andere Hälfte geht zu Lasten der breiten Massen und kommt in den erschreckenden Umsatzrückgängen und in der Steigerung der Arbeitslosigkeit zum Ausdruck.

Wenn die Konsumvereine diesen Stoss standgehalten haben, dann muss man ihnen bescheinigen, dass sie von einer Widerstandsfähigkeit und einer Widerstandskraft erfüllt sind, die staunenerregend ist. Diese innere Kraft zeigt

sich in der finanziellen Entwicklung der Vereine.

	<u>Mitglieder=</u> <u>guthaben</u>	<u>Rücklagen al=</u> <u>ler Art</u> ( in Millionen Mark )	<u>Eigene Mit=</u> <u>tel</u> ( in Millionen Mark )	<u>Spareinla=</u> <u>gen</u>
1. Quartal 1932	69,792	66,979	136,772	298,870
2. Quartal 1932	68,783	66,327	135,111	276,418
3. Quartal 1932	68,858	64,320	133,179	255,432

Die Rücklagen aller Art haben sich nur um 2 Millionen Mark verringert; angesichts der Anforderungen an die Konsumgenossenschaften, entstandene Verluste decken, muss diese Entwicklung als äusserst günstig bezeichnet werden. Bei den Mitgliederguthaben liegt sogar eine Steigerung vor. Wichtig, äusserst wichtig ist die Bewegung in den Spareinlagen. Sie ist das beste Zeichen dafür, dass die Konsumvereine die Krise überstanden haben. Wenn die Gegner der Konsumgenossenschaften darauf warten, dass dieser Zweig der modernen Arbeiterbewegung unter der Kaufkraftdrosselung zusammenbrechen würde, so kann man heute mit ruhigem Gewissen sagen, die Schadenfreude war umsonst. Die Krise hat auch unter den Konsumgenossenschaften gewütet und gehaust. Sie hat sie aber nicht zu Boden bringen können. Auch im dritten Vierteljahr haben sich die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften um etwa 21 Millionen Mark verringert. Davon entfällt jedoch die Hälfte noch auf den Monat Juli (Reichstagswahl). In den beiden folgenden Monaten ist der Spareinlagenabfluss um 50 % im August und um 60 % im September zurückgegangen. Die Panik der Sparer, ausgelöst durch die Krisenkatastrophen, ausgelöst aber nicht zuletzt auch durch die Unbegreiflichkeiten und Dummheiten in der deutschen Politik, durch das ganze Theater der Hitlerei, ist vorüber. Das muss voller Freude konstatiert werden.

Wenn sich die Konsumgenossenschaften als unerschütterlicher Felsen in der Verbraucherwirtschaft erwiesen haben, dann nicht zuletzt mit Hilfe der Unterstützung durch die Grosseinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine (GEG). Natürlich kommt das in der Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Giro- und Bankeinlagen bei der GEG zum Ausdruck. Kontokorrentkonto und Giroguthaben der Vereine bei der GEG gingen von 8,015 Millionen Mark Ende März 1932 auf 6,527 Millionen Ende Juni und auf 5,485 Millionen Ende September zurück, die neuen Bankeinlagen in denselben Zeitabständen von 81,378 Millionen bzw. 79,299 Millionen auf 75,709 Millionen. Immeihin hat die GEG damit eine segenreiche Mission für die gesamte Arbeiterbewegung geleistet. Die GEG selbst konnte im dritten Vierteljahr 1932 einen Umsatz von 86,909 Millionen bewältigen gegen 82,293 Millionen im zweiten Vierteljahr und 82,714 Millionen im ersten Vierteljahr. Der Umsatz der GEG-Herstellungsbetriebe betrug für dieselbe Zeit 32,223 Millionen bzw. 32,182 Millionen bzw. 32,588 Millionen. Im Verhältnis zum gesamten konsumgenossenschaftlichen Umsatz hat sich der Anteil der GEG-Betriebe von 16,75 % im ersten Vierteljahr 1932 und 16,52 % im 2. Vierteljahr 1932 auf 17,31 % im dritten Vierteljahr 1932 gesteigert.

SPD. Stettin, 24. Nov. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurden im Prozess um die Bauhütte von Pommern zwei Sachverständige vernommen, die sich über den volkswirtschaftlichen Wert oder Schaden der Frankreich-Aufträge der Bauhütte zu äussern hatten.

Professor Garbotz von der Technischen Hochschule Charlottenburg erklärte, dass der Wert der Bauprojekte in La Rochelle für die deutsche Wirtschaft ausserordentlich hoch zu veranschlagen sei. Der Gewinn werde voraussichtlich vier Millionen Mark betragen, während das von der Bauhütte zur Finanzierung beigesteuerte Kapital nur 400 000 Mark ausmache. Das sei ein

geradezu phantastischer Ertrag, der das Risiko, das schliesslich mit jedem Bauprojekt verbunden ist, vollauf lohne und die Bauhütte in die Lage versetze, ihren Betrieb im Inland aufrechtzuerhalten, Bauten in Pommern zu finanzieren und der Arbeitslosigkeit auf dem Baumarkt zu steuern. Als der Staatsanwalt Dr. Weibs die Frage aufwirft, ob der Nutzen von 4 Millionen, den Deutschland bei Beendigung der Bauten in La Rochelle, also in drei Jahren, hat, den Schaden aufwiege, der jetzt, in Zeiten schwerster Krise, durch Fortnahme von 400 000 Mark verursacht werde, stellt Lück fest, dass von dem Gewinn schon jetzt jährlich 300 000 Mark nach Deutschland zurückströmen, die für Neubautenfinanzierung in Stettin verwendet werden.

Der zweite Sachverständige, Generaldirektor Dr. Kemper von der Bau- und Bodenbank in Berlin, schloss sich in wesentlichen Punkten dem Gutachten von Professor Garbotz an.

---

SPD. Die Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts über die Beschäftigung der Industrie während des Monats Oktober zeigen, dass die autoritäre Regierung mit ihrem Wirtschaftsprogramm - Einstellung von 1  $\frac{3}{4}$  Millionen Arbeitslosen - Versprechungen gemacht hat, die sich unmöglich erfüllen können.

Die konjunkturelle Belegung hat auch im Oktober angehalten. Nach der Industrieberichterstattung waren im Oktober von 100 vorhandenen Arbeitsplätzen 42,8 % besetzt gegen 41,8 im September. Die durchschnittlich tägliche Arbeitszeit ist gleichfalls etwas gestiegen. Sie betrug im Oktober 7,06 Stunden. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden hat sich damit erhöht und zwar von 36 % im September der Arbeitsstundenkapazität auf 37,4 % im Oktober.

Bei den Produktionsgüterindustriellen war die Lage in der Kohle, beim Eisen, bei den Metallen und beim Leder besser als im Maschinenbau, während der Waggonbau ziemlich starke Rückgänge zu verzeichnen hat. Auch in der Bauwirtschaft ist nach der Septemberbelegung wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Bei den Verbrauchsgüterindustriellen waren im Oktober die Textilindustrie, die Industrie für Hausrat und Wohnungsbedarf, die Uhren und Geschirrstindustrie und schliesslich das Metallwarengewerbe weiter belebt. Auch im Kulturbedarf ist die Beschäftigung gestiegen, jedoch nicht in dem Ausmass wie im September. Die Herstellung von Photoapparaten hat sich verringert. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe ergibt sich für die Zucker-, Süsswaren- und Zigarrenindustrie eine bessere Entwicklung als bei den Brauereien und bei den Zigarettenfabriken.

---

#### Amtliche Kartoffelnotierungen.

---

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung je Zentner in RM waggonfrei märkischer Station: weisse Kartoffeln 1,10 - 1,20, rote Kartoffeln 1,25 - 1,30, Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20, andere Gelbfleischige 1,30 - 1,35, Fabrikkartoffeln 8 pro Stärkeprozent frei Fabrik.

---

Weiter versackt.

(Berliner Getreidebörse vom 24. November)

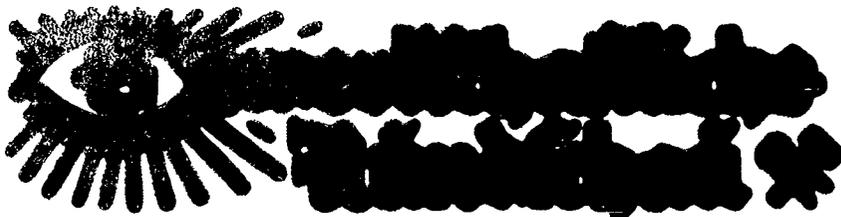
SPD. Bei schlechtem Mehlgeschäft und bei stärkerem Angebot, das in der Hauptsache aus Mitteldeutschland kam, konnten die Notierungen auf dem Promptmarkt gehalten werden. Allerdings mussten die Stützungsstellen grössere Mengen aufnehmen. Auf dem Lieferungsmarkt griffen die Stützungsstellen ebenfalls ein. Die späteren Notierungen verloren bis 1,50; Dezemberroggen büsste etwa 0,50 Pfennig ein. Für den aufgenommenen Roggen zahlte die deutsche Getreidehandelsgesellschaft etwa 25 bis 50 Pfennig unter Notiz.

	23.11.	24.11.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	196 - 198	196 - 198
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	170 - 180	170 - 180
Futter- und Industrierogerste	161 - 168	161 - 168
Hafer	126 - 131	125 - 130
Weizenmehl	24,25 - 27,10	24,25 - 27,00
Roggenmehl	20,00 - 22,25	19,75 - 22,10
Weizenkleie	9,45 - 9,75	9,40 - 9,75
Roggenkleie	8,60 - 9,00	8,60 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember  $208\frac{1}{2}$  -  $208\frac{1}{4}$  (Vortag 209), März 209 -  $208\frac{3}{4}$  ( $210\frac{1}{4}$ ), Mai 213 -  $212\frac{3}{4}$  ( $214\frac{1}{2}$ ). Roggen Dezember  $167\frac{1}{2}$  (168), März  $171\frac{1}{2}$  - 171 (172), Mai  $175\frac{1}{2}$  -  $175\frac{1}{4}$  ( $175\frac{3}{4}$ ). Hafer Dezember  $132\frac{1}{4}$  (133), März  $134\frac{1}{2}$  - 134 (135).

-----  
Amtliche Eiernotierungen.  
-----

SPD. Die notierten Preise sind Abgabepreise in Reichspfennig an den Grosshandel ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 24. November.) A. Inlands-  
eier: 1. Deutsche Handelsklasseneier I.G1 (vollfr. Eier) Sonderklasse 65 g u. darüber 14, Grösse A unter 65 - 60 g 13,25, Grösse B unter 60 - 55 g 12,5, Grösse C unter 55 - 50 g 10,5, Grösse D unter 50 - 45 g 8,75. II.G2 (Frische Eier) Grösse B unter 60 - 55 g 12,25, Grösse C unter 55 - 50 g 10. 2. Deutsche sortierte Eier: I. vollfrische Sonderklasse 65 g und darüber 13,75, Grösse A unter 65 - 60 g 13, Grösse B unter 60 - 55 g 12,25; II. frische Grösse A unter 65 - 60 g 12,75, Grösse B unter 60 - 55 g 11,5, 3. Deutsche unsortierte Eier. 11. 4. Deutsche abweichende, kleine, mittlere und Schmutzeier 7 - 7,5. - B. Aus-  
landseier: 1. Dänen u. Schweden 18er 13, 17er 12,5,  $15\frac{1}{2}$  - 16er 11,75, leichtere 8 - 8,75, Finnländer, Estländer u. ähnl. Sorten 18er 12,5, 17er  $12,15\frac{1}{2}$  - 16er 11 - 11,5; leichtere 8 - 8,5. 2. Rumänen 8,25 - 9, Ungarn u. Jugoslawen 8,25 - 8,75. 3. Russen normale 8 - 8,5. 4. Polen normale 7,75 - 8,25. 5. Abweichende 7,25. 6. Kleine, Mittel- und Schmutzeier 6 - 6,5. - C. Kühlhauseier: Ausländische extra grosse 9 - 9,5, grosse 8 - 8,25, normale 7,5. Chinesen und ähnliche: grosse 8,5. - D. Kalkeier und andere konservierte: Extra grosse 8,25 - 8,5; grosse 8, normale 7 - 7,25. - E. Sonstige Eier: Argentinier 9. Witterung trübe. Marktlage: abwartend.



## Ausklang in Bremen.

### Tabakarbeiter und Kommunisten.

SPD. Bremen, 24. Nov. (Eig. Drahtb.)

Der Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes wurde am Donnerstag beendet.

Die Wahlen zum Verbandsvorstand brachten folgendes Ergebnis: Auf Vorschlag wurden wiedergewählt der erste Vorsitzende Ferdinand Husung, der zweite Vorsitzende Otto Wenzel, der erste Kassierer Hermann Krohn und der zweite Kassierer Oswald Franz. Ausserdem wurden die Sekretäre wiedergewählt. Anstelle des Ausschuss-Vorsitzenden Schöne, der wegen Alters zurücktrat, wurde Selpien-Hamburg einstimmig gewählt. Auch die Wiederwahl des Verbandsbeirats und der Gauleiter erfolgte mit geringen Aenderungen einstimmig.

In der Abstimmung über die zahlreichen Anträge zum Verbandsstatut wurde u.a. beschlossen, eine neue niedrige Beitragsstufe einzuführen. Die Einführung von lokalen Beiträgen wurde den Zahlstellen überlassen. Die Aenderung der Statuten in Bezug auf die Invalidenunterstützung stellt, wie Husung nach der Abstimmung ausdrücklich betonte, keine Kürzung der Renten dar. Der Vorstand denkt nicht an eine Kürzung.

Vor dem Abschluss der Tagung erfolgte noch eine scharfe Abrechnung mit neuen gemeinen Lügen der Kommunistenpresse. Diese hat den Verbandstag zum Anlass genommen wieder einmal bewährte Gewerkschaftsführer herunterzureissen. So brachte die Bremer kommunistische "Arbeiterzeitung" folgende Verleumdung, die sicherlich durch ganz Deutschland die Runde machen dürfte: "Deichmann wurde in einer Arbeiterversammlung von den empörten Bremer Tabakarbeitern bespioniert und kurz darauf aus dem Tabakarbeiterverband ausgeschlossen. Als später die Reformisten mit Hilfe der staatlichen Instanzen die Organisation spalteten, und Hunderte von revolutionären Tabakarbeitern ausgeschlossen wurden, machte man den Ausschluss Deichmanns wieder rückgängig."

Gegenüber dieser Schmutzerei fertigte der Vorsitzende des Verbandes, Husung, folgendermassen ab: Wir erklären hierzu: das ist erstunken und erlogen. Kollege Deichmann ist noch nie ausgeschlossen worden. Wahr ist, dass Deichmann im Jahre 1919 verlangt hat, dass die Versammlung befragt werde, ob er noch ihr Vertrauen habe. Da war es u.a. der heutige Kommuniste Armbrust, der verlangte, von dieser Abstimmung Abstand zu nehmen. Er könne es seinen Kollegen gegenüber nicht verantworten, gegen Deichmann zu stimmen, weil er sich den Deutschen Tabakarbeiterverband ohne Deichmann nicht mehr vorstellen könne. Die 13 bis 14 Mitglieder der Opposition haben sich dann der Stimme enthalten, weil sie es mit ihrer inneren Ueberzeugung nicht vereinbaren konnten, gegen Deichmann zu stimmen. Das möchte ich zur Steuer der Wahrheit feststellen.

Von der Bremer Arbeiterzeitung wurde ferner behauptet, dass auf dem Verbandstag an dem Pessetisch bürgerlich-faschistische Zeitungsvertreter gesessen hätten. Auch das ist, wie Husung feststellte, unwahr. Ein Vertreter der bürgerlichen Presse habe beim Verband um Zulassung nachgesucht; sie sei aber genau wie bei dem kommunistischen Vertreter abgelehnt worden. Der Anfrager sei für den Fall, dass er Berichte haben wolle, an das Büro

des Verbandstags verwiesen worden.

Unter der verlogenen Überschrift "ADGB-Eggert warnt vor dem Sozialismus" bringt die Bremer kommunistische Zeitung Eggerts Ausführungen über die Sehnsucht der Arbeiterklasse nach Einheit in hämisch entstellter Form. Die selbstverständliche Forderung Eggerts, dass eine Voraussetzung für die Einheit der Arbeiterklasse die Einstellung des persönlichen Kampfes der Kommunisten sein müsse, wurde von dem Bremer Kommunistenblatt mit neuen persönlichen Angriffen beantwortet. Es unterstrich noch einmal, dass "sich der Hauptstoss der Kommunisten gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften zu richten" habe.

Der Schmutz der kommunistischen Geiferer kann nichts an der Tatsache ändern, dass der Bremer Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiterverbandes für die freie Gewerkschaftsbewegung ein Plus darstellt. Der Verlauf dieses Verbandstages war ein neuer Beweis dafür, dass die Kerntruppe der deutschen Arbeiterbewegung, der klarblickende, weil organisierte Arbeiter sich nicht unterkriegen lässt - und wenn die Welt voll Teufel wär'. Die Bremer Tagung brachte für den Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes eine machtvolle Vertrauenskundgebung. Der Ausgang der Wahlen zum Vorstand zeigt das zur Genüge. Moralisch gestärkt und organisatorisch gerüstet, voll Zuversicht und Kampfesmut stösst der Deutsche Tabakarbeiterverband von seiner Bremer Tagung wieder zur grossen Armee der Gewerkschaftsbewegung, zur Armee der Freiheit.

-----

SPD. Der Schiedsspruch für das Berliner Gastwirtsgewerbe ist in der Urabstimmung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer angenommen worden. Die Entscheidung der Arbeitgeber steht noch aus. Die Erklärungsfrist läuft bis Sonnabend Mittag 1 Uhr.

Die Annahme des Spruchs erfolgte nur, um unter allen Umständen eine tariflose Zeit zu vermeiden, weil eine solche den Arbeitgebern die Möglichkeit geben würde, all die Verschlechterungen praktisch durchzuführen, die sie in den Tarifverhandlungen nicht durchsetzen konnten. Gewiss bringt der Schiedsspruch bedenkliche Verschlechterungen, so z.B. die Bestimmung, dass in Zukunft die Arbeitszeit nicht mehr durchgehend zu sein braucht, sondern durch Pausen bis zu vier Stunden unterbrochen werden kann; auch bedeutet der Abbau der Garantielöhne in einigen Gruppen für die Betroffenen eine neue empfindliche Belastung. Allein eine tariflose Zeit würde die Arbeitnehmer vor allem in den kleineren und schlecht organisierten Betrieben völlig der Willkür der Arbeitgeber ausliefern.

Selbstverständlich versucht die KPD auch die Lohnbewegung im Berliner Gastwirtsgewerbe für ihre politischen Zwecke auszuschlachten. Ihre RGO will im Aschinger-Konzern, wo einer ihrer Leute Vorsitzender der Betriebsvertretung ist, eine Sonderabstimmung vornehmen, an der sich alle Beschäftigten, also auch die Unorganisierten, beteiligen sollen.

-----

SPD. Der Vorstand der Landesorganisation der dänischen Gewerkschaften hat einen allgemeinen Lohnkürzungsvorschlag der Arbeitgeber in Höhe von durchschnittlich 20 Prozent einstimmig zurückgewiesen. Der Arbeitgeberverband wollte einen solchen Abbau als Verhandlungsbasis für den Abschluss neuer Arbeitsverträge zugebilligt haben.

-----

SPD. Zwischen Spanien und Frankreich ist ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen worden, wodurch in beiden Ländern eine Gleichstellung der Arbeitnehmer in den einzelnen Sozialversicherungszweigen herbeigeführt wird.

Nach Frankreich kommen alljährlich zur Weinernte zahlreiche spanische Saisonarbeiter. Für sie will Frankreich freie Fahrt ermöglichen. Auch soll kinderreichen spanischen Familien in Frankreich eine staatliche Beihilfe gewährt werden.

SPD. Auf Grund der neuen Notverordnungsbestimmungen müssen nicht nur - wie bisher schon - fast alle Beamtenstellen der unteren und mittleren Laufbahn mit Versorgungsanwärtern besetzt werden - auch 90 Prozent aller Angestelltenstellen bei Reich, Ländern und Gemeinden, Körperschaften und in der Sozialversicherung sind den Versorgungsanwärtern vorbehalten. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis sind auch die Aushilfsstellen mit Versorgungsanwärtern zu besetzen, sodass die Behörden in Zukunft zur Entlastung des Arbeitsmarktes der Angestellten nicht mehr beitragen können. Die Behörden müssen neun Versorgungsanwärter anstellen, ehe sie einen erwerbslosen Angestellten berücksichtigen dürfen.

Wenn auch Entlassungen von Behördenangestellten aufgrund dieser Bestimmungen nicht erfolgen sollen, so wird doch die Unterbringung der durch Rationalisierungsmassnahmen frei werdenden Kräfte so gut wie unmöglich gemacht. Die eine Behörde wird aufgelöst und baut also die Angestellten ab; die andere Behörde hat zwar Bedarf an Personal, sie darf jedoch eingearbeitete Abgestelltenkräfte nicht aufnehmen, sondern muss Versorgungsanwärter einstellen.

Man spricht davon, dass 46 500 Versorgungsanwärter auf Anstellung warten. Diese Zahl ist aber irreführend, weil in ihr die schwerbeschädigten Beamtenscheininhaber und die in Angestelltenstellen schon untergebrachten Versorgungsanwärter mitgezählt sind. Ende 1931 waren nur 14 000 nichtuntergebrachte Versorgungsanwärter aus Reichswehr und Schupo vorhanden. Die Behauptung, dass eine "Krise der Zivilversorgung" bestehe, ist deshalb falsch.

Die einseitige Bevorzugung der Versorgungsanwärter ist nicht nur ein schweres Unrecht gegenüber den Behördenangestellten, sie liegt auch nicht im Interesse einer guten und sparsamen Verwaltung. Unwirtschaftlich ist es, auf die Mitarbeit guter, eingearbeiteter Kräfte zu verzichten oder deren Aufstieg zu hemmen.

SPD. Im Maler- und Lackierergewerbe hat sich die Wirtschaftskrise in diesem Jahr wahrhaft katastrophal ausgewirkt. Die Arbeitslosigkeit war bei den freiorganisierten Malern in den ersten drei Quartalen des Jahres grösser als je - grösser auch als in der schlimmsten Zeit der Inflation. Zu den Auswirkungen der verhängnisvollen Wirtschaftslage auf die gewerkschaftliche Arbeit nahm dieser Tage der Verbandsbeirat der freiorganisierten Maler in Hamburg Stellung.

Wie aus dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Batz hervorgeht, gelang es trotz der Ungunst der Verhältnisse das Tarif-Fundament zu erhalten, auf dem in günstigerer Zeit wieder aufgebaut werden kann. Der für die Lohn- und Tarifrfragen verantwortlichen Verhandlungskommission wurde vom Beirat einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Der Druck der Not ging selbstverständlich auch am Mitgliederbestand

der Maler nicht spurlos vorüber. Der Vorstand schlug daher vor, die Unorganisierten ohne Eintrittsgeld aufzunehmen und ihnen das Zahlen des 10-Pfennig-Beitrags für die Woche zu gestatten. Erwerbslose Mitglieder, die ohne jede Unterstützung sind, sollen in Zukunft völlig vom Beitrag frei sein. Das "Fachblatt für Maler" bleibt bestehen und wird ab 1. Januar wesentlich billiger werden. Der Beirat war mit den vom Vorstand geplanten organisatorischen Massnahmen einverstanden.

Zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit im Malerberuf forderte der Beirat nach scharfer Kritik an den sozialpolitischen Massnahmen der Papen-Regierung von neuem Arbeitsbeschaffung, vor allem Förderung des Wohnungsbaus.

In der Lehrlingsfrage trat der Beirat für eine Verringerung der Lehrlingshaltung im Maler- und Lackierergewerbe ein; ferner forderte er die Schaffung einer Lehrlingsordnung durch die Tarifkontrahenten und bessere fachliche Betreuung für die Lehrlinge, sowie verstärkte Werbung der Mitglieder unter dem Nachwuchs.

-----

SPD. Eine Zeit lang hat es so ausgesehen, als ob für den Wohnungsbau überhaupt nichts mehr getan werden soll. Dann sind den verantwortlichen Stellen anscheinend wieder Bedenken gekommen. Ab und zu spendiert man daher wenigstens einige Tropfen auf den heissen Stein. So hat die Reichsregierung beschlossen, 20 Millionen Mark als Reichsbaudarlehn für Eigenheime in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 bereit zu stellen. 20 Millionen Mark für zwei Jahre! Auch will man nur Einzelsiedlern, die über ein gewisses Eigenkapital verfügen, die Durchführung ihres Bauvorhabens ermöglichen. Die Bedingung, dass mindestens 30% der Baukosten als Eigenkapital nachzuweisen sind, schliesst von vornherein gerade die Bevölkerungskreise aus, die unter dem Wohnungselend am meisten zu leiden haben.

Der Reichsarbeitsminister vertritt die Meinung, dass bei den jetzigen Baupreisen Eigenheime schon für 4000 bis 5 000 Mark herzustellen sind. Auch diese Ziffern zeigen, dass die Reichsbaudarlehn nicht den unbemittelten Bevölkerungskreisen zugute kommen. Aber auch in diesen herrscht ein starker Drang nach einer gesunden Wohnung und einem Stückchen Land.

Die Reichsregierung wird, wenn sie wirklich dem Baumarkt Hilfe bringen will, an dem eigentlichen Wohnungsproblem, d.h. an der Wohnungsbeschaffung für die mittellose Bevölkerungsschicht, nicht vorübergehen können. Gewiss ist nach dem Abbau der Hauszinssteuer die Lösung dieses Problems nicht leichter, sondern schwieriger geworden, aber mit Unzulänglichkeiten, wie der Bereitstellung von 20 Millionen kommt man schon gar nicht weiter.

-----

SPD. Der Generalrat der britischen Gewerkschaften hat zur Verstärkung des Kampfes um den Arbeitslosenschutz beschlossen, eine Reihe von grossen Versammlungen und Demonstrationen im ganzen Lande zu organisieren. Die Kampagne soll Anfang des neuen Jahres mit einer grossen Demonstration in London beginnen.

Der Beschluss des Generalrats richtet sich vor allem gegen die Pläne, die im Zusammenhang mit dem neulich veröffentlichten Bericht der Königlichen Kommission über die Arbeitslosenversicherung angekündigt worden sind.

-----

# Die sozialistische Frau

FRAUENBEILAGE DES S.P.D.

Nr. 91

Berlin, den 24. November 1932

## Die Stimme des Blutes.<sup>x</sup>

SPD. Vor kurzem wurde auf den Gleisen der Berliner Stadtbahn ein sechs-jähriges kleines Mädchen aufgefunden. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben zum Geständnis der eigenen Mutter des Kindes geführt, ihr Töchterchen über die eisernen Brückengeländer auf die Gleise geworfen zu haben, um die Versicherungssumme von 4 000 Mark zu erhalten, die ihr im Todesfalle der Kleinen zustand.

Die Erregung über dieses Verbrechen ist naturgemäss vor allem unter den Frauen der Umgegend gross. Immer wieder fragen sich die Mütter, wie es möglich sein kann, dass eine Frau ihr einziges Kind um einer Geldsumme willen auf eine so furchtbare Weise zu töten versucht. Zweifellos handelt es sich hier um eine Entartung, die glücklicherweise selten ist, und deren Gründe sicherlich im Laufe der Gerichtsverhandlung im einzelnen zu Tage treten werden. Dennoch darf diese Untat einer Mutter nicht allein mit dem Begriff der Entartung abgetan werden. Gewiss ist das Verbrechen an der Sechsjährigen ein Einzelfall. Aber sind die furchtbaren Misshandlungen von Kindern, deren sich Mütter immer von neuem schuldig machen, nicht Glieder der gleichen Kette? Alle diese Fälle, die wir im Laufe der letzten Jahre vor den Gerichten erlebt haben, alle die kurzen und doch so vielsagenden, erschreckenden Protokolle von Aussagen der Kinder gegen ihre Mütter, der Mütter gegen ihre Kinder - sagen sie uns nicht im tiefsten Grunde das Gleiche?

Seit Jahrhunderten ist der Begriff der Mutterliebe für uns ein absoluter Wert. Als unantastbar, als heilig preist ihn die Religion. Die bürgerliche Kultur, die den Begriff eines "Muttertages" schuf, umkleidete ihn mit allem Glanze bis zur übertriebenen, romantischen Verbrämung. Wir wollen ihr das Recht dazu nicht absprechen. Die Kraft und Leistung der Mutter, die innere Verbundenheit von Mutter und Kind, die zum Symbol des Innigsten wurde, das unsere Kultur kennt - alles das, was seit Jahrhunderten auf allen Gebieten des Lebens von der Mutter geschaffen wurde, rechtfertigt das Mass der Verherrlichung. Trotzdem dürfen wir nicht die Augen schliessen vor der Wirklichkeit, wie wir sie zu sehen gezwungen sind. Auch die Frau, die Mutter geworden ist, unterliegt allen Gefahren, allen Selbsttäuschungen und Verwirrungen, an denen Menschen schuldig werden können. Nicht immer ist die Kraft der Verbundenheit von Mutter und Kind in der Wirklichkeit gleich gross wie im Wunschtraum und in der Phantasie.

Wer denkt nicht an die grausame Täuschung der alten Frau Daubmann, deren Zeugen wir vor wenigen Wochen sein mussten! "Wenn i nur nit stirb", so stöhnte die Frau immer wieder, als sie auf dem Bahnhof den scheinbar endlich wiedergefundenen Sohn erwartete. Der Ankommende war ein Schwindler, den nicht alle vertrauensseelig aufnahmen. So schlug ein Vetter die Hände über dem Kopfe zusammen, als er den angeblichen Oskar Daubmann wiedersah, und gab seinem Zweifel lauten Ausdruck. Aber das Wort der Mutter hiess alle misstrauischen Gemüter schweigen. Es war wie im Gedicht von heimkehrenden Wanderburschen, den die Mutter als erste und einzige erkennt. Auch hier hielt man das Gefühl der Mutter für untrüglich, ihr Urteil für massgebend. Doch die harte Wirklich-

lichkeit konnte der Dichtung nicht standhalten, und der schöne Traum endete mit einem trostlosen Erwachen.

Noch ein anderer, höchst bedeutsamer Fall gehört hierher: der Kindertausch von München-Gladbach, der vor kurzem seinen Abschluss fand. In einem Wöchnerinnenheime waren zwei Kinder vertauscht worden. Die eine Mutter, Minna Donk, erkannte bereits am zweiten Tage, dass der kleine Junge, den ihr die Pflegerin brachte, anders aussah, als das Kind, das sie am ersten Tage in den Armen gehalten hatte. Da sie jedoch ihren Verdacht nicht beweisen konnte, blieb ihr nichts anderes übrig, als das falsche Kind aufzuziehen, zumal da die zweite Mutter das vertauschte Kind als ihr eignes betrachtete und gegen jeden Verdacht protestierte. So vergingen nicht weniger als dreizehn Jahre. Minna Donk umgab das fremde Kind mit aller Liebe, zumal da es kränklich war, und die andre Mutter, die des festen Glaubens war, ihr eigenes Kind aufzuziehen, tat das gleiche. Allmählich aber häuften sich die Anzeichen, die auch sie misstrauisch machen mussten. Aehnlichkeit, vererbte Eigenschaften, Talente, Abneigungen traten zu deutlich, zu unmissverständlich auf, um nicht klar erkannt zu werden. Man prüfte und verglich. Die beiden Familien standen seit langem in freundschaftlichem Verkehr untereinander, und so war es nicht schwer, diese Vergleiche gründlich durchzuführen. Das Ergebnis gab Minna Donk recht. Beide Eltern reichten nun die Feststellungsklage ein, und es ergab sich, dass tatsächlich eine Verwechslung vorgekommen war. Aber nun begann der grosse Konflikt: Jedes der vertauschten Kinder hatte seine "Mutter" so lieb gewonnen, dass es die Pflegemutter nicht mit der richtigen Mutter vertauschen mochte. Genau so erging es auch den beiden Frauen, die sich nicht nur mit dem eigenen, sondern auch mit dem Pflegekinde, das 13 Jahre lang unter ihrer Obhut gestanden hatte, tief verbunden fühlten. So siegte nicht die Stimme des Blutes, sondern die der Liebe und der Gewohnheit.

Drei einander wenig ähnliche, ja, in Schauplatz und Auswirkung völlig verschiedenartige Geschehnisse haben so ihren Abschluss gefunden. In einem aber berühren sie sich und werden einander gleich: In jedem Falle war nicht die Stimme des Blutes, die wir als massgebend zwischen Mutter und Kind anzunehmen gewohnt sind, von wesentlicher Bedeutung, sondern andre Momente. Die Blutsverbundenheit von Mutter und Kind wurde in dem Verbrechen gegen das sechsjährige Töchterchen völlig durch Geldgier überdeckt. Im Falle Daubmann hielt die Mutter für die Stimme des Herzens und des Blutes, was in Wahrheit nichts als die glühende Hoffnung war, den Sohn wiederzuhaben, ein kurzer Wunschtraum, der vor der Wirklichkeit zusammenbrach. Im Kindertausch von München-Gladbach endlich bekannten sich gerade die Hauptbeteiligten, Mutter und Kind, trotz völliger Klarheit der Beziehungen zu Blutsfremden und konnten sich nicht entschliessen, einander zu verlassen. So zeigen diese Beispiele, dass die Mutterliebe nichts Absolutes, Geradliniges, Feststehendes ist, wie es die Vergangenheit lehrte, sondern etwas Relatives, Wandelbares, das den verschiedensten Einflüssen unterliegt. In vielen derartigen Fällen des Alltags ist nicht die leibliche Mutterschaft entscheidend. Und Mutterliebe ist nicht immer eine Gegebenheit, sondern oft auch eine Aufgabe, die Frauen in schwerem Kampfe mit sich selbst lösen müssen.

Elke.

---

### Die Maus.<sup>x</sup>

---

SPD. Frau Osterroth hatte eine besondere Vorliebe für schöne rotwangige Äpfel, und da sie im Keller am längsten frisch blieben, so bettete sie ihre Lieblinge fein sauber auf Stroh auf ein grosses Brett, das an der Wand

angebracht war. Aber eines Tages entdeckte sie zu ihrem grossen Kummer, dass gerade einige der schönsten Aepfel von einem unbekanntem Liebhaber recht hübsch ausgehöhlt waren. Frau Osterroth tat dies sehr weh, denn sie war nicht reich und konnte sich nicht den Luxus erlauben, ihre Aepfel mit Aenderen zu teilen, obwohl sie ein gutes Herz hatte und gern jemandem eine Freude machte. Am meisten aber ärgerte sie sich über die Hinterhältigkeit, mit der man ihre geliebten Aepfel schändete, und sie beschloss, sich zu rächen.

Nur eine Maus konnte sich an den verlockenden Früchten vergangen haben. Frau Osterroth liess sich deshalb bei ihrer Nachbarin eine Mausefalle und stellte sie neben die Aepfel in den Keller. Da sie wusste, dass man nicht nur mit Fallen, sondern auch mit Speck, oder noch besser mit beiden Mitteln zugleich Mäuse fange, nahm sie ein Stückchen Speck und briet es über der Flamme ihres Spirituskochers, bis es so angenehm roch, dass sie beinahe selber in Versuchung kam, es zu verzehren. Dann hängte sie es in die Falle, die eigentlich ein Käfig war; und stellte mit aller Vorsicht die Klappe hoch. Jetzt konnte die Maus kommen.

Als Frau Osterroth am andern Tage nach ihren Aepfeln sah, war kein einziges angebissen. Dafür aber raschelte es in der Falle, und als Frau Osterroth näher hinsah, bemerkte sie, wie ein kleines Ungetüm hinter dem Gitter hin und her rannte. Vorsichtig packte sie die Falle in ihre Schürze und trug sie in ihre Wohnung. Sie war sehr neugierig, wie das kleine Raubtier eigentlich aussehen würde, denn sie hatte noch nie eine Maus so richtig aus der Nähe gesehen.

Oben in der hellen Stube stellte sie die Falle behutsam auf den Tisch und setzte sich davor, um in aller Ruhe ihren Fang zu betrachten. Und sie fand, dass eine Maus gar nicht so abscheulich wäre, wie sie geglaubt hatte. Nur der Schwanz war hässlich und missfiel ihr. Er war sogar mit dem Ende zwischen den Holzboden und die Verschlussklappe der Falle geklemmt, und in dieser Lage schien sich die kleine Gefangene garnicht besonders wohl zu befinden, denn sie schaute Frau Osterroth ängstlich und wie von Schmerzen gepeinigt an. Frau Osterroth hatte auf einmal ihre angenagten Aepfel völlig vergessen. Sie sah nur noch das kleine Tierchen in der Falle, wie es sich mühte, seinen Schwanz loszubekommen. Da wurde sie von Mitleid erfasst, hob die Klappe etwas hoch, und schon hatte die Maus ihren Schwanz befreit. Sie huschte in ihrem Gefängnis auf und ab und streckte alle Augenblicke ihre Nase durch das Gitter, um eine Befreiungsmöglichkeit zu finden. Dann hielt sie wieder inne und blickte Frau Osterroth aus ihren kleinen Augen an, als wollte sie von ihr erfahren, welches Schicksal ihr bevorstände. Frau Osterroth berührte dieser Blick wie ein Vorwurf, und sie bekam beinahe ein schlechtes Gewissen, denn sie hatte doch die Maus gefangen, um sie zu töten. Aber weshalb sollte die Maus eigentlich ihr Leben lassen? Wegen der paar lumpigen Aepfel, die sie angenagt hatte? Frau Osterroth war deswegen doch nicht verhungert. Und wer konnte behaupten, dass es gerade diese Maus gewesen war, die sich an Frau Osterroths Aepfeln vergangen hatte? Der Indizienbeweis war zwar lückenlos, aber Frau Osterroth hatte noch ein Herz in der Brust. Deshalb gab sie die Absicht auf, das Tier zu töten.

Was sollte sie aber damit anfangen? Da glaubte sie einen genialen Ausweg gefunden zu haben. Sie stellte die Falle auf den Fenstervorsprung, und zwar so, dass ihr Boden in die Luft hinausragte, und öffnete dann behutsam die Verschlussklappe. Jetzt mochte die Maus so dumm sein und aus ihrem Käfig ins Freie entweichen; sie würde unfehlbar in die Tiefe stürzen, wo sie keine Aepfel mehr anbeissen würde. Aber die Maus war nicht so dumm, Selbstmord zu verüben. Sie sah offenbar den gähnenden Abgrund vor der Türe ihres Gefängnisses und zeigte keine Lust, dieses zu verlassen. Das Gefängnis war ihr immer noch lieber als der Tod.

Frau Osterroth wartete lange, aber ohne Erfolg. Dann schloss sie die

Klappe wieder und dachte über eine andere Möglichkeit nach, die Maus los zu werden, ohne sie zu quälen, aber auch, ohne ihre Aepfel wieder in Gefahr zu bringen, angenagt zu werden.

Aber ihre Gedanken gerieten auf Abwege. Ihrer Meinung nach musste die Maus schon die ganze Nacht in der Falle gesessen haben, und ihr Tierverstand hatte es sicher nicht begriffen, warum sie in diesem Drahtgehäuse gefangen war. Wäre sie ein Mensch gewesen, so wäre ihr zwar die Gefangenschaft nicht weniger schrecklich vorgekommen, aber Frau Osterroth hätte sie dann darüber belehrt, dass es Unrecht wäre, fremde Aepfel anzufressen, und härte ihr mit dieser Belehrung die Freiheit geschenkt.

Vielleicht wäre Frau Osterroth die Einzige, die so etwas getan hätte, und der Spott ihrer Mitmenschen wäre ihr dann gewiss gewesen. Denn die Menschen sind rachsüchtig und geben sich erst dann zufrieden, wenn ihr Rachgelüst gestillt ist. Selbst, wenn es sich nur um einige Aepfel handelt.

Während Frau Osterroth so philosophierte, fiel ihr plötzlich ein, dass die Maus eigentlich Hunger haben müsste. Sie hatte sicher das Speckstückchen in der Falle gleich nach ihrer Gefangennahme verzehrt und war nun seit zwölf Stunden ohne Nahrung. Und Frau Osterroth tat, was ihr gutes Herz ihr vorschrieb. Sie holte ein Scheibchen Speck aus der Küche und schob es durch das Drahtgitter. Die Maus machte sich auch gleich daran, die willkommene Speise zu verzehren, und Frau Osterroth freute sich über den guten Appetit des Tierchens. Bis der Speck aufgefressen war, hatte sie einen neuen Entschluss gefasst. Behutsam verbarg sie Falle samt Maus in ihrer Schürze und stieg damit ihre vier Treppen hinab. Auf der Strasse angekommen, schlug sie den Weg nach der Vorstadt ein. Die grauen Mietskasernen wurden allmählich von Schrebergärten abgelöst, aber Frau Osterroth schien ihr Ziel noch nicht erreicht zu haben, denn sie trippelte unermüdlich weiter. Endlich, als nach einem Stück Ackerland eine grüne, saftige Wiese kam, machte sie Halt. Sie liess sich auf die Kniee in das Gras nieder, wickelte die Mausefalle aus ihrer Schürze und stellte sie vor sich hin. Dann murmelte sie ein paar unverständliche Worte und öffnete gleichzeitig die Falle. Wie ein Blitz stob die Maus davon und verschwand hinter den Grasbüscheln.

Ob sie wohl jemals wieder von Aepfeln naschen wird?

Als Frau Osterroth heimkehrte, strahlte ihr Gesicht so freudig, als hätte sie heute die beste Tat ihres Lebens verrichtet.

Richard Spitznagel.

---

X

---

Pfandversteigerung.

---

SPD. Das städtische Leihhaus ist ein prächtiges, neues Gebäude. Es könnte ein Bankpalast sein oder ein Kino. Durch eisengeschmiedete Tore gelangt man hinein. Man empfängt einen Eindruck vornehmer Sachlichkeit, wenn man etwa die grosse Halle betritt, in denen die Leihhausbeamten an blitzblanken Schaltern die Kundschaft erwarten. Neben jedem Leuchtet ein Glastransparent. Man kann an der Leuchtschrift erkennen, welches Spezialgebiet jeder Taxator beherrscht.

Ein gütiger älterer Herr mit Kaiser Franz Josefs-Bart beispielsweise ist Sachverständiger auf dem Gebiete des Optik- und Edelmetallwesens. Nebenher spricht man in Fragen der Textilbranche vor. So ist alles hübsch gegliedert. Die Beamten nehmen das Angebot prüfend zur Hand. Vorsichtig nennen sie einen möglichst geringen Betrag, denn sicher ist sicher. Der Erfolg vor dem Schalter ist meist ein zaghafter Widerspruch. "Ginge nicht sieben Mark fünfzig? Ich brauche unbedingt sieben Mark fünfzig, oh Gott!" Leider, leider, der Beam-

te zuckt nur die Achseln. Er legt das Angebotene auf den metallenen Schalter-  
tisch, lässt dem Kunden ein wenig Zeit. "Ja, wenn es garnicht anders zu ma-  
chen ist...", meint der Kunde. Er muss mit fünf Mark achtzig zufrieden sein,  
denn höchstens so viel ist das Angebot wert. Das hat der geübte Beamte sofort  
erkannt.

Weiter rückwärts im Leihhaus, ebenfalls durch feuersichere Eisentüren  
von der Aussenwelt abgesperrt, befindet sich ein Theater. Der Zuschauerraum  
steigt im Halbkreise stufenförmig empor. Es ist ein gut eingerichtetes, fei-  
nes Haus. Das Licht fällt von oben herab. Auf der Bühne jedoch, zu der man  
von hinten durch zwei eiserne Schiebetüren kommt, steht nur ein Rednerpult.  
An der Wand unter Glas: das Programm. Da kann man lesen, dass Hausrat und  
Kleidung versteigert werden, und zwar Nummer achttausendneunhundertvierundsech-  
zig bis zwölftausendeinhundertdrei. Ueber dem Rednerpult ein Transparent  
zeigt die Nummer, die eben vorgeführt wird.

Wenn die andern Theater ihre Not mit dem Publikum haben, -dieses ist  
stets überfüllt. Dabei findet ununterbrochen von acht bis zwölf, von zwei  
bis sechs Uhr eine Vorstellung statt. Der Protagonist steht hinter dem Red-  
nerpult, ein Beamter in braunem Kittel, dem zwei gleichfalls Bekittelte aus  
den hinteren Räumen die verfallenen Pfänder zutragen. Sie nehmen sie aus  
dem Packpapier oder der Hülle heraus und legen sie zu des Redners Füßen auf  
einen fahrbaren Tisch.

Dann aber geschieht etwas Merkwürdiges. Zehn oder fünfzehn Leute aus  
der Zuschauermenge stürzen zur Bühne und fassen den Gegenstand an. Sie heben  
ihn hoch. Sie zeigen auf eine vielleicht etwas schadhafte Stelle. Einige  
ziehen sich wieder zurück, während der Mann auf dem Rednerpult jetzt den Min-  
destpreis ausruft. "Viel zu teuer!" sagen die Interessenten und sehen einan-  
der an. Schliesslich ist einer doch zum Erwerb bereit. Zum ersten! zum zwei-  
ten! zum...

Es ist nun nicht so, dass die ganze Zuschauermenge aus Interessenten und  
Käufern besteht. Keineswegs. Die meisten sitzen nur da und warten auf ihre  
Nummer. Denn schliesslich haben sie doch noch die schuldige Summe zusamme-  
gebracht, und wenn der Versteigerer jetzt die Nummer am Transparent aufleuch-  
ten lässt, so drängen sie eilends zum Rednerpult und winken. Das Pfand ist in  
letzter Sekunde gerettet. Viele warten so Stunden und Tage den Augenblick ab,  
in dem sich das Unabwendbare doch noch verhindern lässt. Man kann nicht vor-  
aussehen, wann eine Nummer kommt. Und manche Pfänder entbrennen hitzige Kämp-  
fe, andere wiederum können kaum einen einzigen Käufer finden. Dann geht es  
schneller voran. Besonders bei Kleidern kann man das sehen. Drei oder vier  
"Hyänen", die einen Stammplatz in der vordersten Reihe haben, und ausserdem  
noch ein Auto, das vor der Leihhaustür parkt, haben Interesse an Kleidern.  
Sie machen sich über jedes Angebot her. Aber wahrscheinlich haben sie ein  
System. Nie kommt es vor, dass eine Hyäne die andere überbietet. Ihr Grund-  
satz ist offenbar: Kaufen und kaufen lassen! Aber nur das Beste und nie über  
Mindestpreis!

Für manche Dinge sind aber doch noch wirkliche Liebhaber in der Zuschauer-  
menge. Zum Beispiel ein junger Mann, der einen Fotoapparat möchte. Er sitzt,  
da auf sozusagen gut Glück. Und als tatsächlich eine vorzügliche Kamera an-  
gebracht wird, Mindestangebot neunundzwanzig Mark, da ist der junge Mann ganz  
Feuer und Flamme. Allerdings die Hyänen, die in der optischen Branche bewan-  
dert sind, lassen auch diesen fetten Bissen nicht gern entweichen. Das Pfand  
hält wirklich jeder kritischen Prüfung stand. Und ehe der junge Mann es glück-  
lich in Händen hält, da ist der Preis doch von neunundzwanzig auf fünfundvier-  
zig gestiegen. Was immer noch billig ist, denn unter Brüdern ist der Gegenstand  
gute zweihundert Reichsmark wert.

Nicht immer geht die Versteigerung ohne Zwischenfälle zu Ende. Denn Man-  
che sitzen im Zuschauerraum und haben nicht das Geld zusammengebracht, um ihr  
Pfand noch zu retten. Trotzdem sind sie gekommen. Sei es, um Abschied zu neh-

men von ihrer letzten Habe, sei es in der verzweifelten Hoffnung, dass sich noch einmal ein Ausweg finde, etwa indem heute niemand ein Angebot macht. Dann wandert das Pfand in die eisernen Magazine zurück. Jedenfalls ist es kein Wunder, dass manchmal einer der Aermsten in bittere Wut ausbricht. Aber da gibt es nun eine Tür, ein drehbares eisernes Gitter. Man kann es nur in einer Richtung, nach aussen, drehen. Und wen die Ueberwachungsbeamten mit sanfter Gewalt durch diesen Ausgang befördern, der hat erstmal einen langen Weg. Er muss um den ganzen Häuserblock wandern und kann sich auf seine völlige Ohnmacht besinnen, ehe er wieder vor dem prächtigen Haus mit den schmiedeeisernen Toren steht.

Hermann Pörzgen.

-----  
Erbauliche Moralpredigt.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Wie vorauszusehen, kam ich auch diesmal wieder in letzter Minute an den Zug. Das machte aber zum Glück nichts aus, weil der Zug sowieso ziemlich leer war und ich mir ausserdem, meiner Schwäche für das Kommen in letzter Minute Rechnung tragend, eine Platzkarte genommen hatte. Als ich in mein Abteil kam, sassen dort drei Herren, von denen zwei hingegeben an dicken Zigarren pafften. Rauch stört mich garnicht; das Abteil hat ja ein Fenster, und Rauchen unterwegs verleiht einen Schimmer von Gemütlichkeit. Ich interessierte mich zunächst garnicht weiter für meine Reisegefährten, weil mir der Abschied von meinen Freunden, die mich an den Zug gebracht hatten, voll auf in Anspruch nahm. Aber einer der Herren sorgte sogleich eindringlich dafür, dass ich ihm meine Aufmerksamkeit schenkte. Nämlich, als ich bei der Ausfahrt des Zuges das Fenster öffnete, knallte er mit einem geradezu reckenhaften Nachdruck die Türe zu und sah mich dabei so beleidigt an, dass es weder zu überhören noch zu übersehen war. Und kaum waren wir aus dem Bahnhof heraus, so schloss er auch das Fenster mit dem gleichen Nachdruck, wie vorher die Tür, und sah mich dabei wieder an: beleidigt und zugleich mit der Miene eines Triumphators. Mir ist, unter uns gesagt, diese Angst vor frischer Luft nicht ganz begreiflich, besonders an einem so milden Tage wie diesem.

Nach diesen anstrengenden Beschäftigungen setzte sich dieser etwas korpulente Herr mit ziemlichem Affekt auf seine breite Sitzfläche, strich befriedigt mit der Hand über seine Glatze und zupfte an seinem nicht mehr ganz blonden Schnurrbart. Dann nahm er sorgsam ein Läppchen aus seiner Tasche und begann, seine Brillengläser mit rührender Exaktheit zu putzen. Als er diese Beschäftigung vollendet hatte, nahm er eine Kreuzworträtselzeitung vor und vertiefte sich ins Rätselraten. Zwischendurch sah er mich einige Male forschend an, als ob die Lösungen in meinem Gesichte zu lesen ständen. Dann glitten seine Augen aus, wanderten von dort zum Saum meines durchaus nicht zu langen Rockes und verfinsterten sich zu einem Stossgebet an die heilige Moral, aber doch wohl nur so äusserlich zum Schein; denn ich kann es nicht verhehlen, dass ich seinen Augen noch mehrmals dort begegnet bin. Bis dahin aber hatte er noch kein Wort zu mir gesprochen, obwohl wir uns doch nun schon ganz gut kannten. Als ich mir nun aber noch, um allem die Krone aufzusetzen, eine Zigarette anzündete, war die eisige Brücke zwischen uns gebrochen, und er machte der Bedrängnis seines Herzens in Worten Luft: "In meiner Jugend rauchte eine junge Dame nicht, besonders nicht öffentlich. Ja, und überhaupt die Jugend von heute..." - ich brauche diese ganze Rede wohl hier nicht aufzuschreiben, da Redensarten dieses Stils ja genugsam bekannt sind.

Da wir nun einmal auf dem Standpunkte stehen, vielleicht zu Unrecht, dass die älteren Leute kein Recht haben, uns unsre Gepflogenheiten zum Vorwurf zu

machen, unterbrach ich ihn im Verlauf seiner rhetorischen Leistung, da sie mich auch langweilte. Ich fragte ihn kurzerhand: "Darf ich Ihnen vielleicht eine Zigarette anbieten?" Das schien er nun geradezu als Unverschämtheit und Hohn zu empfinden; denn er vollendete nicht einmal seinen begonnenen Satz, dankte mit eisigem Gesicht und nahm mit Nachdruck und Räuspfern seine Rätselzeitung wieder zur Hand. Jedoch in meiner Gesellschaft schien ihm das Rätselraten kein Genuss zu sein, und er versuchte deshalb, auf andere Weise wieder mit mir ins Gespräch zu kommen. "Sind sie aus Berlin?"

"Ja".

"Hm, hm", schnaufte mein Liebenswürdigeres Gegenüber. "Ja, ja, die Jugend aus der Weltstadt; ich konnte mir übrigens denken, dass Sie daher sind." Es folgte eine längere Rede über die Sünden der Grosstadt, die mit dem Satze endigte, dass die heutige Jugend doch eigentlich traurig dran sei. Ich sagte ihm, dass ich da seine Meinung nicht teilen könne; er möge mir doch sagen, warum. Er sagte nur: "Sie müssen mir das schon glauben." - Auch eine Logik - Männerlogik - des vorigen Jahrhunderts oder noch weiter zurück, als die Frau zu bedingungslosem Gehorsam verdammt war. Mir war garnicht danach zumute, mich schulmeistern zu lassen, und zündete mir noch eine Zigarette an. Dadurch blieb mir eine weitere Antwort erspart; denn das Gespräch nahm jetzt einen anderen Fortgang. "Sie räuchen viel zu viel; wissen Sie auch, wie schädlich das ist?" Ich sagte kurz: "Ja."

Nun wäre sicher wieder ein längerer Erguss gefolgt, wenn mich nicht der gute Speisewagenkellner davor bewahrt hätte, indem er zum ersten Mittagessen rief, an dem mein lieber Reisegefährte natürlich teilnahm. Dadurch hatte ich wenigstens ein halbes Stündchen Ruhe vor ihm und konnte meine Zeitung lesen. Leider verging die Zeit ziemlich rasch, und mein Reisegefährte kam zurück mit gerötetem Kopfe, setzte sich in seine Fensterecke mir gegenüber und schloss die Augen. Nach wenigen Minuten ertönte ein durchaus nicht melodisches Schnarchen. Ich sah mich immerhin doch befreit im Wagen um. Die beiden andern Reisenden schliefen ebenfalls in den übrigen Ecken des Wagens.

Ein Idyll...: ich mit drei schlafenden, in verschiedenen Tonarten schnarchenden Männern in einem D-Zug-Abteil. Es dauerte gewiss eine ganze Weile, bis sie wieder aufwachten. Jedenfalls war es so schön, dass ich diesen Augenblick nicht erst abwartete, sondern mir bei der ersten Gelegenheit einen andern Platz suchte. Wie hätte ich es auch wagen dürfen, mich mit meinem frisch ausgeschlafenen Gegenüber in ein neues Wortgefecht einzulassen?

Meta Helen Jacobs.

---

SPD. Dreissig Jahre Frauenstudium.<sup>X</sup> Im November dieses Jahres waren gerade 30 Jahre vergangen, seitdem zum ersten Male eine Frau, Mathilde Wagner, in Deutschland das ärztliche Staatsexamen ablegen durfte. Mathilde Wagner liess sich dann in Weimar nieder, wo sie noch heute als Aerztin tätig ist. Vorher mussten die deutschen Frauen, die Aerztinnen werden wollten, ihr Studium und Examen in der Schweiz absolvieren. Die allgemeine Oeffnung der deutschen Universitäten für Frauen ist ja erst nach dem November 1918 erfolgt.

---

SPD. Oeffnung verschlossener Gefässe.<sup>X</sup> Dosen und Gläser mit Schraubverschluss zu öffnen, erscheint oft unmöglich. Selbst die "starken Männer" versagen da oft. Ihnen als Hausfrau wird es jedoch gelingen, Fassen Sie mit einem grösseren Stück Gummi das Unterteil, mit einem zweiten Stück das Obertheil recht kräftig und drehen dann auf! Solche grossen Gummistücke erhalten Sie aus alten Fahrradschläuchen, die man billig oder umsonst in jedem Fahrradgeschäft erhält.

# Preussischer Landtag

21. Sitzung am Donnerstag, 24. November 1932.

SPD. Der Preussische Landtag hielt am Donnerstag seine erste Vollsitzung nach der Reichstagswahl ab. Zum ersten Mal seit der Einsetzung des Reichskommissars in Preussen war die Regierungsbank wieder besetzt. Für die Regierung Braun waren der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Hirtsiefer und mehrere Staatsminister sowie die der Regierung Braun zur Verfügung gestellten hohen Beamten erschienen. Der Reichskommissar war nicht vertreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Abg. Dr. v. Winterfeld (Dnat) eine Erklärung ab, in der es heisst, dass die Deutschnationale Volkspartei die Einsetzung des Reichskommissars lebhaft begrüsst habe. Aber auch die Deutschnationale Volkspartei sei bis jetzt nicht mit allen Massnahmen des Reichskommissars einverstanden (grosse Weiterkeit links). Sie habe dies schon bei der Zusammenlegung von Landkreisen und der Aufhebung von Amtsgerichten betont. Sie billige auch nicht in allen Teilen die Verwaltungsreform und die Personalpolitik des Reichskommissars. Sie bedauere, dass sowohl in der Zentrale wie in den anderen Instanzen an leitenden Stellen immer noch Beamte tätig seien, die bisher die Politik und die Personalwünsche der Herren Braun, Severing, Hirtsiefer, Steiger und Schmidt eifrigst gefördert hätten und von denen man heute garnicht erwarten könne, dass sie durch umgekehrtes Handeln ihr früheres Tun ins Unrecht setzten. Mit der Regierung Braun die Dinge zu beraten, lehne die Deutschnationale Fraktion ab. Sie werde auch keinerlei Ersuchen an diese Regierung stellen, sei es in Anträgen oder Anfragen, und sich auch nicht an Abstimmungen über solche Ersuchen beteiligen. Sie werde dagegen ihre Forderungen und Beanstandungen dem Reichskommissar zuleiten.

Abg. Leinert (Soz) legt einen längeren Antrag seiner Fraktion vor, in dem darauf Bezug genommen wird, dass das Urteil des Staatsgerichtshofs nebst Begründung die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli zum Teil für unvereinbar mit der Reichsverfassung erklärt. Der Antrag bringt zum Ausdruck, dass der Landtag die sofortige Einsetzung des Staatsministeriums in alle die Rechte verlange, die zur Durchführung der Aufgaben des Landtags als Vertretung des Preussischen Volkes erforderlich sind. Weiter will der Antrag, dass der Landtag nochmals sein Verlangen auf sofortige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli bestätigt, und die Aufhebung auch der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. November 1932 verlangt. Gemäss dem Antrag des Abg. Leinert wird der sozialdemokratische Antrag mit dem staatsrechtlichen Abschnitt der politischen Aussprache verbunden.

In Erledigung der Tagesordnung wird dann abgestimmt über den Einspruch des Abg. Nuschke (Staatsp.) wegen seines Ausschlusses aus der Landtagssitzung vom 22. September 1932. Präsident Kerrl hatte den Ausschluss seinerzeit verfügt im Anschluss an eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Nuschke (Staatsp.) und Kube (Natsoz). - Der Einspruch des Abg. Nuschke gegen seine Ausweisung wird von einer Landtagsmehrheit angenommen, die sich zusammensetzt aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum, Deutschnationalen, und Deutscher Volkspartei (Lachen b.d. Natsoz.)

Es beginnt dann die grosse politische Aussprache, und zwar zunächst über den Abschnitt "Regierung der Reichskommissare in Preussen". Als Präsident Kerrl dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Hirtsiefer das Wort erteilt, verlassen die Deutschnationalen den Sitzungssaal.

Staatsminister Dr. Hirtsiefer:  
gibt zunächst den wesentlichen Inhalt des Leipziger Urteils wieder. Er fährt dann fort: Obwohl die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli in überaus wichtigen Punkten mit der Verfassung nicht im Einklang steht, hat die Reichsregierung es noch nicht für notwendig gehalten, den Herrn Reichspräsi-

den die Abänderung der Verordnung vorzuschlagen. Noch immer muss der Name des Herrn Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt eine verfassungswidrige Verordnung von dieser Bedeutung decken. Die preussische Regierung verlangt in erster Linie die völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli. Wenn der Herr Reichspräsident dem nicht entsprechen zu können glaubt, so verlangt die preussische Regierung - und dies zu verlangen hat sie ein Recht - dass die Verordnung entsprechend dem klaren Wortlaut der Entscheidung des Staatsgerichtshofs abgeändert wird. Bei der Ausführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs hat sich die Reichsregierung auch sonst überaus engherzig erwiesen. Die preussische Staatsregierung bedauert es im Interesse des deutschen Ansehens, dass die Reichsregierung sich nicht zu einer Haltung entschlossen hat, die mehr dem Geiste der Entscheidung des Staatsgerichtshofs entspricht. Sie hat grundsätzlich alle Befugnisse in Anspruch genommen, die überhaupt aufgrund des Art. 48 Abs. II unter irgend welchen Umständen jemals in Anspruch genommen werden können. Sie ist dabei nicht nur über den Sinn, sondern auch über den Wortlaut der Entscheidung in mehrfacher Beziehung hinweggegangen. Die preussische Staatsregierung ist um des Friedens willen der Reichsregierung auf das weiteste entgegengekommen. Die Reichsregierung hat dieses Entgegenkommen ignoriert. Nachdem sie die preussische Regierung längere Zeit hat warten lassen, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten eine neue Verordnung aufgrund des Art. 48 Abs. II unterbreitet, ohne auch nur dem Ministerpräsidenten Braun während der mit ihm geführten Verhandlungen die Möglichkeit zu geben, den Entwurf kennen zu lernen und sich dazu zu äussern. Wenige Stunden vor dem Erlass der Verordnung hat der Reichskanzler mit dem Ministerpräsidenten verhandelt, ohne ihm etwas von der geplanten Verordnung zu sagen. Anstatt also die alte verfassungswidrige Verordnung endlich aufzuheben oder abzuändern, hat die Reichsregierung eine neue Verordnung erlassen, die nach unserer Auffassung wiederum gegen die Reichsverfassung verstösst. Zu den Punkten dieser Verordnung, die nach Ansicht der Staatsregierung mit der Reichsverfassung und der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht in Einklang stehen, gehört insbesondere die Regelung, wonach die Reichskommissare noch weiter sich der Bezeichnung "der preussische Ministerpräsident", "der preussische Justizminister" usw. bedienen dürfen, ja bedienen sollen. Durch den Zusatz bei der Unterschrift "der Kommissar des Reiches" wird diese nach unserer Ansicht unzulässig und irreführende Bezeichnung nicht in Ordnung gebracht. Es gilt im öffentlichen Leben ebenso wie im privaten Geschäftsleben der Grundsatz der Firmenwahrheit. Dieser Grundsatz der Firmenwahrheit wird verletzt, wenn weiter entgegen den grundsätzlichen Ausführungen der Leipziger Entscheidung von den Kommissaren Verordnungen, Erlasse und Schreiben unter der persönlichen Bezeichnung als preussischer Minister herausgehen. Dadurch wird die Öffentlichkeit darüber irreführt, in welchem Umfang tatsächlich dem Lande Preussen als einzigem deutschen Land fast sämtliche Zuständigkeiten entzogen und auf das Reich überführt worden sind.

Aber auch andere Punkte der Verordnung sind mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Fernhaltung des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing von ihren Amtsgebäuden ist des Reiches und Preussens unwürdig. Dass die Reichsregierung das entgegenkommende Angebot des Ministerpräsidenten Braun, seine leerstehende Dienstwohnung als Amtsräume zu benutzen, ausgeschlagen hat unter dem Vorgeben, es könnten Ovationen auf der Strasse stattfinden, ist rechtlich, politisch und menschlich unverständlich. Die preussische Staatsregierung steht im übrigen auf dem Standpunkt, dass der Staatsgerichtshof die Befugnisse die dem Lande Preussen verbleiben müssen, nicht erschöpfend hat aufzählen wollen. Er hat nur die Befugnisse ausdrücklich erwähnt, die in den Prozessanträgen und in der Verhandlung eine Rolle gespielt haben. Auch andere Befugnisse kommen noch in Betracht. Insbesondere

wird man kaum annehmen können, dass das Begnadigungsrecht gegenüber Strafen, die von preussischen Gerichten verhängt sind, auf den Reichskommissar übertragen werden kann. Ferner stehen den Staatsministern selbstverständlich mit den ihnen verbleibenden Befugnissen auch die damit untrennbar zusammenhängenden Befugnisse zu. Dazu gehört die Verfügung über den zur Ausübung ihrer Rechte und Pflichten erforderlichen persönlichen und technischen Apparat.

Die preussische Staatsregierung ist nur geschäftsführende Regierung. Sie legt keinen Wert darauf, dies noch längere Zeit zu sein. Sie kämpft nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung, Sie ist hierzu nach der Verfassung verpflichtet, solange sie die Geschäfte führt, und sie muss die Geschäfte nach der Verfassung fortführen, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie kämpft aber nicht nur für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung, sondern darüber hinaus für die Rechte des Landes Preussen und für die Wahrnehmung und Verteidigung dieser Rechte in der letzten grossen Auseinandersetzung über das Schicksal Preussens im Deutschen Reich. In diesem Kampfe erbittet sie die Unterstützung des Landtags ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. (Lebh. Beifall im Zentrum und bei den Soz.)

Abg. Möller-Halle (Soz.) begründet die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Da Papen und Bracht der Wille fehle, der Rechtsauffassung des Staatsgerichtshofes Rechnung zu tragen, verlange die Sozialdemokratie die völlige Aufhebung der Notverordnung vom 20. Juli. Verordnungen, Verfügungen oder Erlasse, die vom Reichskommissar und seinen Vertretern vollzogen worden seien, sehe der Landtag als nicht verfassungsmässig zustande gekommen und daher als ungültig an. Der Erlass vom 18. November sei ein höchst ungewöhnliches politisches Dokument. Nicht die öffentliche Ordnung sei gefährdet gewesen, sondern die Alleinherrschaft des Reichskommissars in Preussen. Papen selbst habe am 18. November vormittags dem Ministerpräsidenten gegenüber sich als nicht mehr legitimiert erklärt, ein verbindliches Gespräch über einen Ausgleich der beiden Regierungen in Preussen zu führen. Er habe also auch keine Berechtigung mehr gehabt, ein Dekret gegenzuzeichnen, das den Streit einseitig durch einen Machtspruch der Reichsgewalt entscheide. Eine klare Entscheidung des Landtags sei heute notwendiger als vordem. Der Reichskommissar sehe eine wichtigste Aufgabe in einer Personalpolitik, die die republikanischen und insbesondere die sozialdemokratischen Beamten verfeme. Leistungen, Verdienste, Persönlichkeit, alles spiele heute bei der Personalpolitik der Reichskommissare keine Rolle mehr. Die Republikaner in der preussischen Verwaltung würden als Republikaner, nicht als Sachkenner oder Beamte gewogen und vom Reichskommissar als zu leicht befunden entfernt. Bei dieser Politik spiele auch die Not, von der man sonst so viel rede, keine Rolle. Der Landtag habe einen Anspruch darauf zu erfahren, was eigentlich der neue Kurs koste.

Der Redner ging dann ausführlich auf den Fall des Regierungsrats von Werder ein, der in der Nacht zum 13. September die Durchsuchung kommunistischer Arbeitszimmer im Reichstage geleitet hat und der jetzt zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Bielefeld ernannt worden ist. Er nannte diesen Vorgang kennzeichnend für die Art der heutigen Personalpolitik. Der Vorfall beweiße, wie wenig der Reichskommissar Obacht gebe auf die Einstellung der Bevölkerungskreise zu den Beamten, die vom Reichskommissar protegiert würden, Obgleich der Untersuchungsausschuss verlangt habe, den Regierungsrat von Werder für seine Verfehlung verantwortlich zu machen, sei dies nicht geschehen. Seine Ernennung zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Bielefeld sei eine Provokation derjenigen Parteien, die diesen Beschluss herbeigeführt hätten. Wenn man in der jetzigen kurzen Epoche der Reaktion eine Reform der Reichsverfassung versuche, so werde die Sozialdemokratie diesen gefährlichen Angriff auf die Lebensrechte des Volkes mit allen Mitteln abwehren.

Nach 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.

den die Abänderung der Verordnung vorzuschlagen. Noch immer muss der Name des Herrn Reichspräsidenten im Reichsgesetzblatt eine verfassungswidrige Verordnung von dieser Bedeutung decken. Die preussische Regierung verlangt in erster Linie die völlige Aufhebung der Verordnung vom 20. Juli. Wenn der Herr Reichspräsident dem nicht entsprechen zu können glaubt, so verlangt die preussische Regierung - und dies zu verlangen hat sie ein Recht - dass die Verordnung entsprechend dem klaren Wortlaut der Entscheidung des Staatsgerichtshofs abgeändert wird. Bei der Ausführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofs hat sich die Reichsregierung auch sonst überaus engherzig erwiesen. Die preussische Staatsregierung bedauert es im Interesse des deutschen Ansehens, dass die Reichsregierung sich nicht zu einer Haltung entschlossen hat, die mehr dem Geiste der Entscheidung des Staatsgerichtshofs entspricht. Sie hat grundsätzlich alle Befugnisse in Anspruch genommen, die überhaupt aufgrund des Art. 48 Abs. II unter irgend welchen Umständen jemals in Anspruch genommen werden können. Sie ist dabei nicht nur über den Sinn, sondern auch über den Wortlaut der Entscheidung in mehrfacher Beziehung hinweggegangen. Die preussische Staatsregierung ist um des Friedens willen der Reichsregierung auf das weiteste entgegengekommen. Die Reichsregierung hat dieses Entgegenkommen ignoriert. Nachdem sie die preussische Regierung längere Zeit hat warten lassen, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten eine neue Verordnung aufgrund des Art. 48 Abs. II unterbreitet, ohne auch nur dem Ministerpräsidenten Braun während der mit ihm geführten Verhandlungen die Möglichkeit zu geben, den Entwurf kennen zu lernen und sich dazu zu äussern. Wenige Stunden vor dem Erlass der Verordnung hat der Reichskanzler mit dem Ministerpräsidenten verhandelt, ohne ihm etwas von der geplanten Verordnung zu sagen. Anstatt also die alte verfassungswidrige Verordnung endlich aufzuheben oder abzuändern, hat die Reichsregierung eine neue Verordnung erlassen, die nach unserer Auffassung wiederum gegen die Reichsverfassung verstösst. Zu den Punkten dieser Verordnung, die nach Ansicht der Staatsregierung mit der Reichsverfassung und der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht in Einklang stehen, gehört insbesondere die Regelung, wonach die Reichskommissare noch weiter sich der Bezeichnung "der preussische Ministerpräsident", "der preussische Justizminister" usw. bedienen dürfen, ja bedienen sollen. Durch den Zusatz bei der Unterschrift "der Kommissar des Reiches" wird diese nach unserer Ansicht unzulässig und irreführende Bezeichnung nicht in Ordnung gebracht. Es gilt im öffentlichen Leben ebenso wie im privaten Geschäftsleben der Grundsatz der Firmenwahrheit. Dieser Grundsatz der Firmenwahrheit wird verletzt, wenn weiter entgegen den grundsätzlichen Ausführungen der Leipziger Entscheidung von den Kommissaren Verordnungen, Erlasse und Schreiben unter der persönlichen Bezeichnung als preussischer Minister herausgehen. Dadurch wird die Öffentlichkeit darüber irreführt, in welchem Umfang tatsächlich dem Lande Preussen als einzigem deutschen Land fast sämtliche Zuständigkeiten entzogen und auf das Reich überführt worden sind.

Aber auch andere Punkte der Verordnung sind mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Fernhaltung des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers Severing von ihren Amtsgebäuden ist des Reiches und Preussens unwürdig. Dass die Reichsregierung das entgegenkommende Angebot des Ministerpräsidenten Braun, seine leerstehende Dienstwohnung als Amtsräume zu benutzen, ausgeschlagen hat unter dem Vorgeben, es könnten Ovationen auf der Strasse stattfinden, ist rechtlich, politisch und menschlich unverständlich. Die preussische Staatsregierung steht im übrigen auf dem Standpunkt, dass der Staatsgerichtshof die Befugnisse die dem Lande Preussen verbleiben müssen, nicht erschöpfend hat aufzählen wollen. Er hat nur die Befugnisse ausdrücklich erwähnt, die in den Prozessanträgen und in der Verhandlung eine Rolle gespielt haben. Auch andere Befugnisse kommen noch in Betracht. Insbesondere

wird man kaum annehmen können, dass das Begnadigungsrecht gegenüber Strafen, die von preussischen Gerichten verhängt sind, auf den Reichskommissar übertragen werden kann. Ferner stehen den Staatsministern selbstverständlich mit den ihnen verbleibenden Befugnissen auch die damit untrennbar zusammenhängenden Befugnisse zu. Dazu gehört die Verfügung über den zur Ausübung ihrer Rechte und Pflichten erforderlichen persönlichen und technischen Apparat.

Die preussische Staatsregierung ist nur geschäftsführende Regierung. Sie legt keinen Wert darauf, dies noch längere Zeit zu sein. Sie kämpft nicht für ihre Rechte, sondern für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung. Sie ist hierzu nach der Verfassung verpflichtet, solange sie die Geschäfte führt, und sie muss die Geschäfte nach der Verfassung fortführen, bis eine neue Regierung gebildet ist. Sie kämpft aber nicht nur für die Rechte der jeweiligen preussischen Staatsregierung, sondern darüber hinaus für die Rechte des Landes Preussen und für die Wahrnehmung und Verteidigung dieser Rechte in der letzten grossen Auseinandersetzung über das Schicksal Preussens im Deutschen Reich. In diesem Kampfe erbittet sie die Unterstützung des Landtags ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit. (Lebh. Beifall im Zentrum und bei den Soz.)

Abg. Möller-Halle (Soz.) begründet die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion. Da Papen und Bracht der Wille fehle, der Rechtsauffassung des Staatsgerichtshofes Rechnung zu tragen, verlange die Sozialdemokratie die völlige Aufhebung der Notverordnung vom 20. Juli. Verordnungen, Verfügungen oder Erlasse, die vom Reichskommissar und seinen Vertretern vollzogen worden seien, sehe der Landtag als nicht verfassungsmässig zustande gekommen und daher als ungültig an. Der Erlass vom 18. November sei ein höchst ungewöhnliches politisches Dokument. Nicht die öffentliche Ordnung sei gefährdet gewesen, sondern die Alleinherrschaft des Reichskommissars in Preussen. Papen selbst habe am 18. November vormittags dem Ministerpräsidenten gegenüber sich als nicht mehr legitimiert erklärt, ein verbindliches Gespräch über einen Ausgleich der beiden Regierungen in Preussen zu führen. Er habe also auch keine Berechtigung mehr gehabt, ein Dekret gegenzuzeichnen, das den Streit einseitig durch einen Machtspruch der Reichsgewalt entscheide. Eine klare Entscheidung des Landtags sei heute notwendiger als vordem. Der Reichskommissar sehe eine wichtigste Aufgabe in einer Personalpolitik, die die republikanischen und insbesondere die sozialdemokratischen Beamten verfeme. Leistungen, Verdienste, Persönlichkeit, alles spiele heute bei der Personalpolitik der Reichskommissare keine Rolle mehr. Die Republikaner in der preussischen Verwaltung würden als Republikaner, nicht als Sachkenner oder Beamte gewogen und vom Reichskommissar als zu leicht befunden entfernt. Bei dieser Politik spiele auch die Not, von der man sonst so viel rede, keine Rolle. Der Landtag habe einen Anspruch darauf zu erfahren, was eigentlich der neue Kurs koste.

Der Redner ging dann ausführlich auf den Fall des Regierungsrats von Werder ein, der in der Nacht zum 13. September die Durchsuchung kommunistischer Arbeitszimmer im Reichstage geleitet hat und der jetzt zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Bielefeld ernannt worden ist. Er nannte diesen Vorgang kennzeichnend für die Art der heutigen Personalpolitik. Der Vorfall beweiße, wie wenig der Reichskommissar Obacht gebe auf die Einstellung der Bevölkerungskreise zu den Beamten, die vom Reichskommissar protegiert würden, Obgleich der Untersuchungsausschuss verlangt habe, den Regierungsrat von Werder für seine Verfehlung verantwortlich zu machen, sei dies nicht geschehen. Seine Ernennung zum kommissarischen Polizeipräsidenten in Bielefeld sei eine Provokation derjenigen Parteien, die diesen Beschluss herbeigeführt hätten. Wenn man in der jetzigen kurzen Epoche der Reaktion eine Reform der Reichsverfassung versuche, so werde die Sozialdemokratie diesen gefährlichen Angriff auf die Lebensrechte des Volkes mit allen Mitteln abwehren.

Nach 17 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt.